

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 15. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 10. Dezember 2013
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 21.55 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Andreas Bammatter, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff
Franz Vogt

Gemeindeverwaltung: Gertrud Schaub, Gemeindeverwalterin a.i.
Nils Wicki, Volontär

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Armin Bieri, Peter Brack, Beatrice Hecklin, Simon Maurer

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.05 Uhr 33 Anwesende = 22
18.30 Uhr 34 Anwesende = 23
19.15 Uhr 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, **zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2014 – 2018**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4150 / A
 2. Bericht des Gemeinderates vom 11.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, **zum Budget 2014 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2014** Geschäft 4149 / A
-

2.1.0 EINTRETENSDEBATTE

- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 20.11.2013 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, zu den Budgetpostulaten Geschäft 4149B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung des Projekts für die Gestaltung Lindenplatz bzw. Haltestelle Kirche um 50'000.00 CHF, Konto 3420-3131 Geschäft 4149B.1
- 2.1.3 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Kinder- und Erwachsenenschutz KESB, Kürzung der Beiträge um 184'000.00 CHF, Konto 1401-3612 Geschäft 4149B.2
- 2.1.4 Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Kürzung Sozialhilfe an Private um 2'000'000.00 CHF, Konto 5720-3637 Geschäft 4149B.3
- 2.1.5 Budgetpostulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Agglomerationsverkehr, Streichung des Postens Planungen und Projektleitungen Dritter, Konto 6230-3131 Geschäft 4149B.4
- 2.1.6 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Lukas Mussler, BDP und GLP, betreffend Aufwandsüberschuss um 1'000'000.00 CHF kürzen Geschäft 4149B.5
- ## 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2014
- 2.2.3 Budgetpostulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung Steuerfuss auf 59,5 % für die Einkommens- und Vermögensteuer der Natürlichen Personen Geschäft 4149B.6
- 2.2.4 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2014
3. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4160
4. Wahl eines Mitgliedes in die **Umweltkommission**, anstelle des zurückgetretenen Franz Vogt, CVP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4161
5. Zwischenbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013, betreffend **die Personalwechsel in der Gemeindeverwaltung**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Geschäft 4162
6. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 19.11.2013, betreffend **Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme**
Geschäftsvertretung: GPK-Vizepräsident Geschäft 4102A
7. Postulat von Julia Gosteli, Patrick Lautenschlager und Rita Urscheler, Grüne, vom 18.04.2012, betreffend **Neuerwerbungen von Maschinen und Geräten**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 4069
-

8. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132

9. Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 22.04.2013, betreffend **Wohnen für alle – Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4137

10. Postulat von Franz Vogt, Evelyne Roth, Kurt Kneier, Philippe Hofmann, Rolf Adam, Philippe Adam, Stephan Wolf und Peter Brack, CVP-Fraktion, vom 22.05.2013, betreffend **Veloweg Oberwilerstrasse Langholz bis Allschwil Dorf**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4143

11. Postulat von Ruedy Breitenstein und Christoph Benz, Grüne, vom 13.06.2013, betreffend **Ergänzung der Bänke beim Allschwiler Weiher**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4144

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 15 vom 10. Dezember 2013

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Andreas Bammatter

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Andreas Bammatter, Präsident: Ich begrüsse Sie und die Zuschauer herzlich zu unserer Doppelsitzung, und wünsche eine angenehme Sitzung.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich komme zu den Mitteilungen. Wie Sie gesehen haben, haben wir am Dienstag und am Donnerstag Sitzung. Der Grund wurde bereits vor einem Jahr festgelegt. Glücklicherweise ist morgens auch noch Champions League, aber das ist nicht der Grund. Der Landrat hat morgen Sitzung, darum sind Thomas Pfaff und ich nicht da. Dieses Jahr ist es etwas speziell für mich, deshalb habe ich mir erlaubt, die Sitzung auf den Donnerstag zu legen, ich bitte dafür um Verständnis.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte Ihnen beliebt machen, der M-Fraktion Misslin, Mollat und Mussler, das Traktandum 2.1.6 abzusetzen. Wir haben den Bericht alle gelesen, den der Gemeinderat geschrieben hat. Wir wissen, wie es läuft, wenn wir pauschal etwas fordern, ohne konkret in die Details zu gehen. Es ist nicht möglich, dieses Postulat umzusetzen. Wir, der Gemeinderat und Franz, der den ersten Schwimmkurs macht, entschuldige diesen Ausdruck, das ist so nicht möglich. Wir müssen konkreter vorgehen, wenn wir am Budget etwas ändern möchten. Ich bitte euch drei, M-Fraktion, dazu Stellung zu nehmen. Ich bitte den Einwohnerrat dies abzusetzen, weil es nicht geht.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ja, wir werden es zurückziehen, ich begründe es später noch, wir hatten das ohnehin vor.

Andreas Bammatter, Präsident: Sie ziehen es nicht jetzt zurück, sondern später?

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Nein, wir ziehen es jetzt zurück, aber begründen es später.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Traktandum 7 ist sicher nicht mehr heute dran, aber vielleicht morgen. Es geht um das Postulat betreffend Neuerwerbungen Maschinengeräte. Ich möchte einige Sachen erwähnen, die für einen Rückzug sprechen. Die unterzeichnenden Personen sind alle drei nicht mehr da und auch nicht allen bekannt, die hier sind. Das Thema kann heute konkreter gebracht werden, nämlich genau dann, wenn es nötig ist. Ganz erschreckend für mich und die Reglementscommission sind die Termine. Wir wissen alle, dass der Termin beim Postulat 12 Monate ist. Hier sind wir bei 20 Monate. Wir müssen als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte uns das überlegen. Wir haben ein Reglement, 12 Monate für ein Geschäft. Wir dulden dies still. Auch der Gemeinderat sagt, dass er es nicht will, also was soll es. Ich bitte, wenn es möglich ist, dies abzusetzen. Wir können jetzt kurz darüber reden, oder wenn es dann dran kommt, uns darüber zerfleischen. Ich denke, wir machen etwas Neues. Die Idee ist sensationell, aber obsolet.

Andreas Bammatter, Präsident: Es liegt ein Antrag vor, das Traktandum 7 abzusetzen. Ich gebe Ihnen eine Minute Zeit, Sie können sich das überlegen, und dann schauen wir das an.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Als Nachfolgefraktion haben wir uns überlegt, was wir hier sagen möchten. Das Ganze dünkt uns unglücklich formuliert. Ich denke, der Gemeinderat und alle Anwesenden sind sowieso dafür, wenn Maschinen angeschafft werden, oder auch bei allgemeinen Anschaffungen, dass alle Kosten auf die ganze Periode angeschaut werden. Die Maschinen, welche die grösste Qualität ausweisen, sind langfristig die günstigsten. Dieses Bewusstsein ist in der Gemeinde da. Wenn wir das später anders formulieren, dann ist uns das auch recht. Wir sind bereit, dies zurückzuziehen.

Andreas Bammatter, Präsident: Somit ist das Traktandum 7 abgesetzt, und wir kommen jetzt zu Traktandum 1.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, zur Aufgaben- und Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2014 – 2018
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4150 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich habe heute die Ehre, Ihnen den Finanzplan 2014 – 2018 und das Budget 2014 vorzustellen. Neben mir sitzt Herr Rieder, Hauptabteilungsleiter Finanzen, er hat mir verdankenswerterweise in unzähligen Stunden das Rechnungswesen der Gemeinde näher gebracht. Wir starten mit dem Finanzplan.

Die Präsentation basiert auf dem Bericht des Gemeinderates, den Sie erhalten haben. Die Tabellen stammen aus dem Bericht, die Zahlen aus dem Bericht sind als Diagramme dargestellt. Es wurden folgende Eckwerte angepasst. Die Teuerung 2014 wurde als Budgetvorgabe im Mai mit 0% definiert, ab 2015 mit 1%. Der Steuerfuss für natürliche Personen bleibt unverändert bei 58%. Auch bei den juristischen Personen bleibt der Steuerfuss unverändert. Das heisst, dass die Erträge mit 5% und das Kapital mit 2,75 ‰ besteuert werden. Beim Personalaufwandszuwachs wurden 1,25% Stufenanstieg plus 1% Teuerung angenommen. Die Zinssätze sind immer noch sehr tief. Die Prognose kurz- und mittelfristig ist stabil. Langfristig muss mit steigenden Zinssätzen gerechnet werden. Auf eine umfassende Hochrechnung für den Abschluss 2013 wurde verzichtet. Korrigiert, zum ursprünglichen Budget 2013, wurden die effektiven Zahlen aus der Abrechnung zum Finanzausgleich vom 25. Juni 2013. Im Budget 2013 wurden CHF 8'110'000 veranschlagt, effektiv beträgt die Abrechnung 2013 CHF 7'313'000. Dazu kommen die Abgrenzungen aus dem 2012 von CHF 500'000, das heisst Totalaufwand 2013 CHF 7'813'000.

Bei der Sozialhilfe basiert die Hochrechnung auf Januar bis Juni 2013. Sie zeigt eine Zunahme bei der Sozialhilfe um CHF 2'087'000, zuzüglich die Zunahme der Rückerstattungen um CHF 770'000. Das ergibt eine Nettozunahme im Aufwand von rund CHF 2'100'000.

Die Steuern der natürlichen und juristischen Personen sind aufgrund der Steuerprognose des Kantons sowie den Buchungen und dem aktuellen Stand der Veranlagungen eingesetzt. Sie werden ein bisschen höher als budgetiert sein. Nach all diesen Korrekturen rechnen wir damit, dass das effektive Ergebnis 2013 ungefähr gemäss Budget sein wird.

Das Finanzplanungswerkzeug, mit dem wir gearbeitet haben, arbeitet mit der Fortschreibung des Nettoaufwandes 2014. Der Nettoaufwand wird um die zukünftigen bekannten Änderungen korrigiert. Da ist aufgrund einer Studie von Wüest & Partner und einer Analyse der effektiven Bevölkerungsstatistik für 2013 und 2014 zu den zusätzlich budgetierten Kindergärten nochmals eine Kindergartenabteilung zu erwarten. Dies wird dazu führen, dass 2015 bis 2017 jährlich ein zusätzlicher Klassenzug in der Primarschule geführt werden muss. Aufgrund der Bundesgesetzgebung müssen auch die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen Deckungsvorschriften erfüllen. Somit besteht bei der BL PK Handlungsbedarf. Basierend auf dem Stand der Deckungslücke per 31.12.2012 ergibt sich eine zwanzigjährige Amortisation von CHF 2'200'000 jährlich. Das genaue Vorgehen, Stichwort Gemeindeinitiative, ist noch unklar. Sicher wird die Deckungslücke ab 1.1.2015 relevant. Der Kanton wird eine Vergütung pro Schüler im sechsten Schuljahr jährlich an die Gemeinden überweisen. Dieser Betrag ist noch nicht definitiv festgelegt. Aufgrund der aktuellen Zahlen gehen wir davon aus, dass diese Vergütung nicht ganz reichen wird, um die effektiven zusätzlichen Kosten von Harnos zu finanzieren. ICT an Kindergärten und Primarschulen wird ab 2015 zusätzlich Wartungslizenzen und Unterhaltungsaufwand von CHF 110'000 mit sich bringen gemäss der Vorlage im Einwohnerrat. Die erwarteten zusätzlich jährlichen Elternbeiträge aufgrund der geplanten zusätzlich 30 neuen Betreuungsplätze im Tagesheim Langmatten 2. Mit erwartetem Baubeginn 2017 wird der Baurechtszins beim Wegmattenareal erstmals fließen. Die jährlichen Einnahmen werden auf CHF 350'000 geschätzt. Dieses Diagramm basiert auf den Zahlen des Finanzplanungswerkzeuges und enthält Werte unter Berücksichtigung des Budgets 2013 mit den korrigierten Werten, 2014 ohne Änderungen, und ab 2015 entspricht es der Fortschreibung mit den dargelegten Korrekturen, wie Ausfinanzierung PK, zusätzlichen

Kindergärten etc. Auch dieses Diagramm basiert auf den Zahlen des Finanzplanungstools. Es zeigt, dass bei den natürlichen und juristischen Steuererträgen mit einem leichten Wachstum gerechnet wird. Die Zunahme der Erträge wird allerdings nicht gleich hoch erwartet, wie die Zunahme der Ausgaben auf den vorherigen Folien. Nochmals ein Diagramm aus dem Finanzplanungstool. Es zeigt den Nettoeffekt aus den stärker steigenden Aufwändungen und den moderat steigenden Erträgen, korrigiert um die Effekte aus dem Plan der Veräusserungen, drei Liegenschaften, Grundstück.

Zur Stabilisierung der Verschuldung müsste die Selbstfinanzierung mittel- und langfristig 100% betragen. In der Planperiode 2014 bis 2018 liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei 12,9%, und führt ausgehend vom Stand 2013 zu einer Erhöhung der Schuld. Dieses Loch in der Mitte entsteht durch den Schulhausneubau.

Die gelbe Kurve zeigt die Nettoinvestitionen, welche für die gesamte Planperiode 2014 bis 2018 CHF 91'700'000 betragen. Die Selbstfinanzierung, die pinke Kurve, liegt in der gesamten Planperiode bei CHF 79'000'000 unter den Nettoinvestitionen. Können die geplanten Investitionen getätigt werden, steigt die Verschuldung 2014 bis 2018 um diesen Betrag an, das sind die roten Pfeile. Zu beachten ist, dass in den Vorjahren 2012 und früher Schulden amortisiert und Liquiditätsreserven gebildet wurden. Das Eigenkapital nimmt bei der Fortschreibung des budgetierten Defizits 2014 in den folgenden Planjahren wieder kontinuierlich ab.

Diese Tabelle zeigt in der ersten Zeile die Selbstfinanzierung, also die Mittel, welche für Investitionen selber erarbeitet wurden, Gewinn plus Abschreibungen. Die zweite Zeile enthält die geplanten Investitionen für die Planperiode. Für die Jahre 2014 – 2018 sind Investitionen von CHF 104'860'000 geplant, während nur Mittel in der Höhe von CHF 19'960'000 selber erwirtschaftet werden. Es ergibt sich somit, dass ab 2014 ein Restsaldo von CHF 79'000'000 entweder durch Neuverschuldung oder nicht geplante Erträge, Veräusserungen von Vermögen, Steuererhöhungen etc., aufgebracht werden muss. Dieses Diagramm zeigt die Verschuldung pro Einwohner im steuerfinanzierten Bereich. Per Ende 2012 ist ein Nettovermögen pro Einwohner von CHF 182 vorhanden. Bereits Ende 2013 wird mit einer Verschiebung zur Nettoschuld gerechnet. Bereits im 2015 dürfte aufgrund des Schulhauses Gartenhof die in der strategischen Ziel- und Massnahmenplanung definierte Höchstgrenze von CHF 1750 überschritten werden.

Wir kommen zur Spezialfinanzierung Wasserversorgung. Die Entwicklung bei der Spezialfinanzierung ist erfreulich. Durch die Senkung der Durchleitungspreise wird die Wasserversorgung wesentlich entlastet. Eine Gebührenerhöhung ist aus heutiger Sicht während der Planperiode nicht erforderlich.

Abwasserbeseitigung. Durch die tieferen Anschlussbeiträge und höheren Investitionen steigt das Verwaltungsvermögen bis 2018 auf CHF 7'900'000. Ein negatives Nettovermögen entspricht einer Forderung gegenüber dem steuerfinanzierten Bereich. Das Eigenkapital ergibt sich als Summe von Verwaltungsvermögen und Nettovermögen bis 2016, respektive als Differenz Verwaltungsvermögen und Nettoschuld ab 2017. Im 2012 wurde eine Gebührensenkung realisiert von CHF 1.45 auf CHF 1.25 pro Kubikmeter. Die Abwasserbeseitigung verfügt über eine geringe Selbstfinanzierung. Das hohe Eigenkapital, CHF 5'500'000 Ende 2012, wird durch Mehraufwände, welche durch Abschreibungen verursacht werden, im gewünschten Umfang kontinuierlich abgebaut.

Abfallbeseitigung. Sie weist in der ganzen Planperiode bewusst gewünschte Aufwandsüberschüsse aus. Das Verwaltungsvermögen bleibt relativ stabil, dadurch wird das Nettovermögen respektive das Eigenkapital kontinuierlich gesenkt. Per 2014 wird die Sackgebühr von CHF 2 auf CHF 1.90 gesenkt. Ebenfalls wird die Gebühr pro Tonne Gewerbeabfall von CHF 220 auf CHF 190 gesenkt. Die strategische Zielgrösse vom Eigenkapital respektive die gewünschte Reduktion wird am Ende der Planperiode nicht ganz erreicht.

Die Analyse der Zielerreichung erfolgt systematisch aufgrund der strategischen Ziele und Massnahmenplanung. Eine ausgeglichene laufende Rechnung wird trotz unverändertem Steuerfuss von 58% nicht erreicht. Der Selbstfinanzierungsgrad wird aufgrund von hohen Investitionen nicht erreicht. Der Nettoaufwand steigt aufgrund der höheren Personalkosten wegen der PK-Sanierung, höhere Betriebskosten, Tageselternverein, mehr Unterstützungsleistung an Arbeitslose, höhere Beiträge an die Spitex, Pflegebeiträge etc. sowie den steigenden Steuerzahlen rascher als die Erträge. Ein Eigenkapital von CHF 8'000'000 kann nicht bis zum Ende der Planperiode gehalten werden. Der Steuerfuss muss vorläufig aufgrund der Anstrengungen bei den Sparmassnahmen nicht angehoben werden. Das strukturelle Defizit wird weiter anwachsen, können auch die übrigen Investitionen ohne Schulhaus nicht mehr aus den ordentlichen Ergebnissen finanziert werden. Die Nettoschuld pro Einwohner liegt bis im 2015 unterhalb von CHF 3000 pro Einwohner, danach steigt die Nettoschuld über den Zielwert an. Die Investitionen werden systematisch beurteilt und priorisiert. Die Immobilienstrategie für das Finanzvermögen wurde vom Gemeinderat verabschiedet, die Umsetzung und die Massnahmen sind definiert. Einzelne alternative Finanzierungen sind bereits eingeleitet, weitere werden im Rahmen der Umsetzung der Immobilienstrategie folgen.

Schlussfolgerungen und Ausblick, Fakten. Die Finanzlage hat sich bis Ende 2012 stark verbessert. Durch hohe Kosten betreffend Pensionskasse, steigende Schülerzahlen sowie im Sozialen und im Gesundheitsbereich, Stichwort Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe, Famex, Spitex und anderes, droht eine

Trendumkehr an, welche ohne noch zu ergreifende Gegenmassnahmen in einem zu grossen strukturellen Defizit enden würde. Der Gemeinderat ist bereits dran, zusammen mit der Verwaltung, den Personalaufwand, die Subventionen sowie die angebotenen Leistungen im Generellen zu überprüfen, mit dem Ziel, die Grundlagen bereits für das nächste Budget 2015 rechtzeitig angepasst zu haben. Die Unsicherheitsfaktoren sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Sozialausgaben und die Steuererträge. Die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse. Das Finanzausgleichsgesetz, die Entwicklung der Differenz zwischen Geber- und Nehmergemeinden, Bevölkerungsentwicklung durch private Bautätigkeit und die Auswirkungen daraus auf die Schülerzahlen und die Steuerkraft. Und nicht zuletzt die Akzeptanz der in den folgenden Monaten zu beschliessenden Ausgabenkürzungen. Zum Schluss weise ich nochmals darauf hin, dass der vorliegende Finanzplan eine Fortschreibung des Budgets 2014 ist. Die Situation wird so abgebildet, wie sich die Finanzlage ohne Gegenmassnahme entwickeln würde. Das ist für den Gemeinderat nicht akzeptabel. Zum Budget 2015 muss der Trend gestoppt werden mit allen Konsequenzen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen nun zum Bericht der Fireko.

René Imhof, Fireko-Präsident: Ich werde heute über das Budget 2014 und über den Finanzplan zusammen sprechen. Das Budget ist zum ersten Mal in HRM2, das ist das harmonisierte Rechnungsmodell wie in der Buchführung von privaten Unternehmen, erstellt worden. Wesentlich für die Budgetierungsphase ist der neue Kontoplan, welcher sowohl in der Funktion als auch bei der Art neu eine vierstellige Kontierung vorsieht. HRM2 sieht im Weiteren ein neues Abschreibungsmodell vor. Das neue Abschreibungsmodell wird mit wenigen Ausnahmen erst im Jahr 2015 wirksam, da HRM2 im Jahr 2014 für das bestehende Verwaltungsvermögen wie bis anhin einen Abschreibungssatz von 10% im steuerfinanzierten Bereich vorsieht, sowie 8% bei Spezialfinanzierungen. Neue Investitionen werden erstmals im Jahr 2015 gemäss den neuen Abschreibungsrichtlinien abgeschrieben. Die hohen Nettoinvestitionen führen zu einem Anstieg der Neuverschuldung in den kommenden Jahren, wir haben es gehört. Die Schere zwischen dem Aufwand und dem Ertrag öffnet sich in diesem Jahr und nimmt im kommenden Jahr weiter zu. Allschwil ist mit einem strukturellen Defizit konfrontiert.

Entwicklung der Ausgaben. Die Differenz des Budgets setzt sich wie folgt zusammen: Pflegefinanzierung plus CHF 540'000. Spitex minus CHF 130'000. Alkohol- und Drogenprävention plus CHF 50'000. Die Differenz zur Rechnung setzt sich wie folgt zusammen: Pflegefinanzierung plus CHF 751'000. Spitex plus CHF 74'000. Alkohol- und Drogenprävention plus CHF 250'000. Bei der sozialen Sicherheit steigen die Gesamtausgaben im Budget 2014 aufgrund von mehreren Funktionen an. IV plus CHF 96'000, AHV plus CHF 165'000. Personal sowie Beitragskosten im Bereich Kinderkrippe und Kinderhort plus CHF 425'000. Beträge im Bereich Arbeitslosigkeit plus CHF 250'000. Unterstützungsleistungen Sozialhilfe plus CHF 2'500'000 sowie Personalkosten im Sozialbereich CHF 124'000. Die Kostensteigerung gegenüber der Rechnung 2012 beträgt nur 1,6%. Es gibt deutliche Kostenverlagerungen innerhalb der Funktionsgruppe. Mit der Übernahme des Asylzentrums Atlas durch den Bund fallen CHF 1'283'000 beim Aufwand weg. Gestiegen sind jedoch die Beiträge an die AHV, IV plus CHF 420'000. Leistungen im Bereich Kinderkrippe, Kinderhort plus CHF 520'000. Im Bereich Arbeitslosigkeit plus CHF 97'000 sowie Personalkosten im Sozialhilfebereich CHF 276'000. Abzüglich von den verbleibenden Kosten der Gemeinde im Bereich Asylwesen liegt der tatsächliche Kostenanstieg gegenüber der Rechnung bei CHF 1'258'000.

Zu den Personalausgaben. Die Personalkosten verzeichnen einen erneuten Anstieg um CHF 568'000. Die Personalkosten im Budget 2013 haben einmalige Kosten für Frühpensionierungen in der Höhe von CHF 590'000 enthalten. Knapp die Hälfte des Kostenanstiegs wird durch den Stufenanstieg verursacht. Es ist keine Teuerung im Budget 2014 berechnet. Jedoch wurden in verschiedenen Bereichen neue Stellen geschaffen. Aufwändungen im Voranschlag 2014 haben gegenüber dem Voranschlag 2013 um CHF 3'962'000, das sind 4,66%, zugenommen. Insbesondere Personalkosten in verschiedenen Bereichen von CHF 568'000. Die höheren Kosten im Bereich soziale Sicherheit von plus CHF 3'523'000 und bei der Pflegefinanzierung von plus CHF 540'000 haben zu diesem Resultat geführt. Das budgetierte strukturelle Defizit der Gemeinde für das Jahr 2014 bleibt bei CHF 2'428'000.

Steuererträge. Im Vergleich zum Voranschlag 2013 zur Rechnung 2012 sind erneut knapp CHF 2'000'000 höhere Erträge budgetiert. Basis für den budgetierten Betrag bilden die de facto Steuereinnahmen 2011, wobei die natürlichen Personen ohne Quellensteuer CHF 42'694'000 Rechnungsabschluss 2011, CHF 41'783'000 betragen haben. Die Gemeinde Allschwil erwartet somit einen Zuwachs von der Rechnung 2011 zum Budget 2014 von 4,3%. Dies liegt unter der Steuerprognose des Kantons, welche bei einer massgeblichen Einkommenssteuer für das Jahr 2012 vom Kanton aus mit einem Zuwachs von 2,2%, für das laufende Jahr ein Zuwachs von 2,6%, und für das kommende Jahr von 2,1% rechnet. Der Betrag liegt jedoch über dem tatsächlichen Zuwachs bei den natürlichen Personen zwischen dem Steuerjahr 2010 und 2011 bei 0,7%. Die Simulation betreffend Veränderung des

Steuerjahres 2011 zum Steuerjahr 2012 hat bei den natürlichen Personen eine Zuwachsrate von 1,91% ergeben. Gestützt auf umfassende Abklärungen in der Analyse, Finanzplanung der Gemeinde Allschwil in Zusammenhang mit dem Neubau der Schulanlage Gartenhof vom März diesen Jahres, halten wir fest, dass das Wachstum der obigen Planannahmen nicht alleine aus dem Bevölkerungswachstum der Gemeinde generiert werden kann, sondern auch der Pro-Kopf-Steuerertrag wachsen muss. Die Quellensteuer ist auf den Wert des Budgets 2013 abgestellt, zuzüglich den vom Kanton prognostizierten Zuwachsraten von 2,1%. Bei den juristischen Personen war der Steuerertrag per 2012 per Anfang August bei CHF 13'527'000. Auf dieser Basis rechnet der Gemeinderat für das Budget 2014 mit einem Zuwachs von 9,1%. Dieser liegt ebenfalls unter dem Planwert des Kantons. Für die Jahre 2013 und 2014 hat man mit je einem Anstieg von 6% bei den juristischen Personen gerechnet. Der Anstieg zwischen den Steuerjahren 2010 und 2011 lag bei 11%. Der erwartete Zuwachs ist somit ambitiös, kann aber auf die Erfahrungswerte der Gemeinde und die Planwerte des Kantons abgestützt werden.

Die Empfehlungen der Fireko an den Einwohnerrat: Das Budget 2014 genehmigen. Die unveränderte Festlegung vom Steuerfuss für natürliche Personen bei 58% von der Staatssteuer sein lassen. Unveränderte Festlegung des Steuerfusses für juristische Personen, a Ertragssteuer 5% und b Kapitalsteuer 2,75 ‰. Kenntnisnahme des Finanzplanes 2014 bis 2018. Ich möchte an dieser Stelle es nicht unterlassen mich zu bedanken bei den Mitgliedern der Fireko. Sie haben penibel, genau und sehr kompetent gearbeitet. Das sind Barbara Selinger EVP, Rahel Balsiger FDP, Stephan Wolf CVP, Bruno Gadola und Niklaus Morat SP, Jérôme Mollat GLP. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen jetzt zur Detailberatung.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich fange beim Finanzplan an. Die EVP/Grüne-Fraktion nimmt wie die Fireko den Finanzplan zur Kenntnis und sagt in ihrem Bericht, dass die Verhältnisse nicht günstig aussehen. Das haben wir heute auch bereits vom Gemeinderat bestätigt gehört. Wie die Fireko beurteilt die EVP/Grüne-Fraktion die Finanzlage einigermaßen hoffnungslos und als vom Gemeinderat noch nicht tatkräftig ernst genommen. Nicht wie die Fireko sagen wir jetzt: "einfach weitermachen und den nächsten Bericht im Mai abwarten". Wir stellen den Antrag auf Nichteintreten, die beiden Geschäfte gehören ja zusammen, wenn ich das richtig verstanden habe, und wir möchten das Budget zurückweisen.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich gehe davon aus, dass wir bei Traktandum 1, Finanzplan, sind. Wir kommen dann zum Budget und dort kann man Eintreten bestreiten oder nicht.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Unsere Fraktion möchte darauf hinweisen, dass in der Finanzplanung auch über die Einnahmen nachgedacht werden muss. Um die Gemeindefinanzen im Griff zu behalten, können wir nicht nur von Einsparmöglichkeiten reden, denn diese sind bereits geprüft und nicht sehr zahlreich. Die Gefahr, dass wir in Zukunft weniger attraktiv für Zuzüger werden, ist gegeben. Allschwil wird immer besser, da kann die Infrastruktur auch bei Synergieeffekten nicht immer gleich bleiben. Nach einem jahrzehntelangen Investitionsstau sind wir jetzt einer Situation, wo wir viel auf einmal stemmen müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass es zukünftig nicht mehr zu einem solchen Stau kommt. Die laufenden Kosten, Soziales, Bildung, werden auch nicht kleiner. Wir sollten bei den Einnahmen das machen, was wir können, und beim Sparen nur das, was wir dürfen. Ansonsten nehmen wir den Bericht des Gemeinderates zur Aufgaben und Finanzplanung und der Spezialfinanzierung zur Kenntnis.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn man sich den Finanzplan anschaut, dann muss man sagen, dass sich die Wolken am Finanzhimmel von Allschwil verdunkeln. Das wurde auch bereits vor ein paar Jahren gesagt, aber jetzt werden sie ziemlich dunkel. Aber wir müssen jetzt nicht von einer hoffnungslosen finanziellen Lage sprechen, soweit möchte ich nicht gehen. Es ist hier auch nicht der Ort, um zu schauen, wo neue Einnahmen sind. Wir sind erst beim Traktandum Finanzplan, der aufzeigt, wie die Entwicklung weitergehen könnte. Ich teile die Auffassung der EVP/Grüne-Fraktion nicht, welche sagt, dass die Fireko gesagt hat, man solle einfach weitermachen und den Bericht im Mai abwarten. Die Fireko hat explizit empfohlen, dass man diesen Bericht bis im Mai überhaupt macht. Den Finanzplan hat der Einwohnerrat lediglich zur Kenntnis zu nehmen, das steht in Paragraph 157c, Absatz 2 des Gemeindegesetzes. In diesem Sinne beantragt die CVP-Fraktion dem Einwohnerrat, dass wir den Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die Fraktion FDP empfiehlt auch, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man bei den Ausgaben sparen möchte, dann müssen wir früher anfangen als erst im Dezember, kurz bevor wir hier drin sitzen. Ich möchte beliebt machen, dass wir alle zusammen das Investitionsprogramm des Gemeinderates genauer anschauen. Vielleicht sehen wir im 2018, 2015 oder 2016 Positionen, bei welchen man sich überlegen kann, ob es so teuer sein muss und ob man es überhaupt braucht. Und dann können wir via VPK vorher darauf reagieren, damit gewisse Positionen runterkommen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir von der GLP/BDP-Fraktion sind sehr besorgt über die tiefroten Zahlen, die sich abzeichnen, insbesondere über das strukturelle Defizit von bis zu CHF 8'000'000 gemäss Finanzplan. Wir sind sehr überrascht, dass die Defizite sehr viel höher ausfallen, als anfangs 2013 angenommen, nämlich als es um die Finanzierbarkeit des Schulhauses ging. Damals waren die Defizite noch sehr viel tiefer. Wenn wir nicht reagieren, dann droht uns eine Schuldenfalle wie vor 20 Jahren, mit welcher Allschwil lange zu kämpfen hatte. Wir sollten bald reagieren und nicht erst im 2015, wie dies der Gemeinderat sieht. Für uns ist eine Steuererhöhung nicht der richtige Weg. Wir müssen den Sparhebel ansetzen und zwar schon bald. Ich möchte aber nicht aufs Budget vorgehen. Wir werden den Finanzplan auf jeden Fall zur Kenntnis nehmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe etwas zum Budget und zum Finanzplan aufgeschrieben. Ich werde das aber dann nachher beim Budget vortragen. Die SVP wird sich, nachher erkläre ich noch weshalb, der Haltung der EVP/Grüne-Fraktion anschliessen und dies zurückweisen.

Andreas Bammatter, Präsident. Wir kommen jetzt zur abschnittswisen Beratung.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

1. Rechtsgrundlage, Methodik und getroffene Annahmen

2. Aufgaben- und Finanzplanung 2014 – 2018

2.1 Einwohnergemeinde

2.2 Spezialfinanzierung Wasserversorgung

2.3 Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung

2.4 Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

3. Zielerreichungen / Schlussfolgerungen

4. Antrag

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, es geht lediglich um Kenntnisnahme.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat wie folgt zu beschliessen:

1. Vom Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde sowie von den Aufgaben- und Finanzplänen der Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung 2014 – 2018 wird Kenntnis genommen (Geschäft 4150).

://:

Mit 28 Ja- und 6 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen wird dieses Geschäft zur Kenntnis genommen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 11.09.2013 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 14.11.2013, zum Budget 2014 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2014, Geschäft 4149 / A

Andreas Bammatter, Präsident: Ist das Eintreten bestritten?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Eintreten ist bestritten und ich möchte das jetzt gerne begründen. Ich operiere nicht mit Zahlen, sondern konzentriere mich auf drei Risiken, die ich sehe. Es sind drei Risiken, welche ich nicht nur in diesem Budget sehe, sondern grundsätzlich in der Finanzstrategie des Gemeinderates. Es ist nichts Neues, die drei Risiken haben wir bereits mehrmals gesagt, ich memoriere sie jetzt. Das erste Risiko ist, dass uns der Gemeinderat mit einer Schuldenfalle konfrontiert. Eine Schuldenfalle ist dann da, wenn man die Schulden nur noch mit Schulden bezahlen kann. Wir möchten das Budget zurückweisen, weil bezüglich dieser Schuldenfalle keine Transparenz da ist. Man sieht nicht, wie sich die Schulden entwickeln und wie gross und wie lange diese Falle gestellt ist bzw. wir drin sitzen werden. Wir wünschen uns Transparenz und Trans-Sparenz. Wir möchten, dass weniger Ausgaben gemacht werden. Hier wäre die letzte Gelegenheit beim Schulhaus, welches wir immer noch zu teuer finden, und bei den Kindergärten, welche im Verhältnis zu anderen Kindergärten – ich habe im November 12 andere angeschaut – auch zu teuer sind. Das zweite Risiko ist der Verlust von Freiräumen. Es wird immer wieder beiläufig erwähnt, dass man gezwungen ist, gemeindeeigenes Land zu verkaufen. Auch hier fehlt uns die Transparenz. Man sieht nicht, was der Gemeinderat vorhat bezüglich Veräusserungen von Freiräumen. Für uns ist das unhaltbar. Erstens, dass wir das nicht sehen und zweitens rechnen wir mit dem Veräussern von Freiräumen. Freiräume sind in städtischem Gebiet, wie das Allschwil immer mehr wird, eine Frage der Lebensqualität. Freiräume veräussern heisst Leben veräussern. Wir stehen hier enorm in Konkurrenz zur Stadt Basel. Darauf werde ich dann noch bei den Steuern eingehen. Die Stadt Basel, das kann man ehrlich sagen, hatte den Vorteil, dass sie viele Friedhöfe zu Freiräumen umwandeln konnten. Diesen Vorteil hat Allschwil nicht, aber Allschwil hätte noch Freiräume, welche wir bewahren könnten. Hier wäre auch Transparenz oder Trans-Sparenz gefragt, im Sinne von Freiräume sparen. Das dritte Risiko betrifft die Steuererhöhungen. Wir sehen überhaupt nicht, mit welchen Steuererhöhungen wir in den nächsten 20 Jahren rechnen müssen, damit wir dies bewältigen können. Wir lassen uns nicht vertrösten mit: „Das kommt dann schon noch“ und „so viel ist es vielleicht dann doch nicht“. Wir möchten hier eine transparente Planung. Allschwil steht in Konkurrenz zu Basel. Basel wird steuergünstiger als Allschwil. Ich war 26, als ich nach Allschwil gekommen bin. Mir hat es hier immer gut gefallen, aber wenn ich 26 wäre, dann würde ich mir überlegen, ob ich nicht ins Schorenquartier nach Basel gehen möchte, wo ich damit rechnen kann, dass es Genossenschaftswohnungen hat und ein Quartierschulhaus, und ich letztlich günstigere Steuern habe. Für mich ist jetzt keine Zeit mehr für, wie ich das beim Schulhaus erlebt habe, parteipolitisches Machtgeockel. Für mich ist jetzt Zeit, die Lage ernst zu nehmen und sie zu einer Hoffnungsperspektive zu entwickeln. Das kann man nur mit Transparenz und Planung, wo wir sehen, wie dies bewältigbar ist, und wo wir die Katze nicht im Sack verkaufen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben sehr interessante Ausführungen gehört. Ich meine, das kommt jetzt etwas wie die alte Fasnacht hinterher. Es wurde argumentiert, dass wir auf das Budget gar nicht eintreten sollen wegen den Schulhäusern und Kindergärten, die zu teuer sind. Das wurde vom Einwohner- und Gemeinderat abgesegnet und vom Volk gutgeheissen. Da können wir nicht in einer Budgetsitzung sagen, dass wir kein Geld für die Schulhäuser und Kindergärten geben. Auch bei den Landverkäufen ist es die alte Fasnacht. Das war bereits ein Thema hier, als der Einwohnerrat das neue Schulhaus beschlossen hat. Darüber wurde vom Volk abgestimmt und dies gutgeheissen. Auch hier können wir beim Budget nicht sagen, dass wir deswegen nicht ins Budget eintreten. Ich schlage vor, dass wir dem zuständigen Gemeinderat die Gelegenheit geben, das Budget vorzustellen, bevor hier beanstandet wird, es sei nicht transparent genug.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion bzw. ich als Fraktionspräsident hatten ein kleines Problem. Unser Fireko-Präsident, der aus unserer Partei stammt, hat per Stichentscheid entschieden,

dass man dieses Budget überweisen soll. Wir haben lange an der Fraktionssitzung diskutiert und sind schlussendlich zu einem anderen Entschluss gekommen. Wir sind der Meinung, dass wir einen Fehler besser erkennen sollten und die Richtung ändern sollten, als stur in die falsche Richtung zu gehen. Ich möchte den Einwohner- und Gemeinderat in Kenntnis setzen, weshalb die SVP-Fraktion gegen dieses Budget ist. Der Kommentar des Gemeinderates zum erneuten und sprunghaften Anstieg der Ausgaben im Budget 2014 und die Begründung zu den beantragten Budgetkürzungen, bzw. Budgetpostulaten haben einen gemeinsamen Nenner. Mit inhaltsleeren Begründungen wird das Mantra der nicht beeinflussbaren Ausgabenpolitik beschwört. Der Gemeinderat huldigt und bleibt dem Prinzip Hoffnung auf stetige Steuererträge der juristischen Personen seit Jahren treu. Trotzdem klafft die Einnahmen- und Ausgabenstrecke kontinuierlich weiter auseinander. Weshalb sich das Parlament mit solch durchsichtigen und abgegriffenen Versprechen zufrieden gibt, verstehen wir nicht. Morgen etwas ändern, was heute nicht erkennbar ist, finden wir falsch. Die finanzpolitische Zielsetzung in der Massnahmen- und Strategieplanung betreffend Kapitalisierung, Eigenfinanzierung etc. widerspricht der Realität seit Jahren. Trotzdem werden sie nicht korrigiert. Die Fireko und der Einwohnerrat orten Mängel und Defizite an und listen diese auf. Der Gemeinderat erklärt, dass Potential für Verbesserung erkannt ist. Man wird aktiv und die Karawane zieht weiter. In einer nüchternen und konstruktiv kritischen Betrachtung der Finanzlage muss im Kontext mit der Entwicklung der Rechnungsergebnisse, Bilanzstruktur, Eigenkapital Fremdkapital und der eklatanten Zunahme der Nettoverschuldung als Folge einer absolut ungenügenden Finanzkraft von einer desolaten Finanzlage gesprochen werden. Diese Einschätzung steht im schrillen Kontrast zur Prämisse des Gemeinderates im Finanzplan. Ich wünsche mir, dass der Einwohnerrat heute Dienstag ein sachpolitisches Zeichen zum Finanzplan und Budget setzt. Ich wünsche mir, dass der Einwohnerrat das Budget zupackend kritisiert, die Zähne zeigt und auf parteitaktische Bremsmanöver verzichtet. Er könnte auch ein Zeichen setzen und das Budget zurückweisen. Die meisten Politiker richten sich im behaglichen Gefühl ein, nie wirklich Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen, um die Wähler nicht mit unpopulären Entscheidungen zu vergraulen. Aus der Flasche des politischen Geistes ist der ökonomische Sachverstand schon längst entwichen. Es gilt der Umkehrschluss, dass sich die Einnahmen nach den Ausgaben zu richten haben, bis irgendwann gar nichts mehr geht. Aus diesem Grund weist die SVP-Fraktion das Budget entschieden zurück.

Roland Naef, parteilos: Ich bin auch für Zurückweisung des Budgets. Wir haben einen Teil bereits vom Vorredner gehört. Dass das Budget rot wird, wussten alle. Dass wir die Ausgaben beschlossen haben und dass das Volk einen grossen Teil der Ausgaben beschlossen hat, wussten wir auch. Ich sehe aber bei diesem Budget absolut keinen Willen des Gemeinderates zur Einsparung. Wenn ich die einzelnen Positionen durchgehe, dann ist es ungefähr ähnlich wie vor einem oder zwei Jahren. Es widerspiegelt sich immer wieder alles. Ich sehe nicht, dass man an gewissen Punkten versucht hat einzusparen. Wenn das Budget nicht zurückgewiesen wird, dann werden wir nachher die einzelnen Positionen durchgehen. Wir werden Peanuts versuchen zu streichen, andere Ausgaben wieder dazunehmen, aber am Schluss wird nicht viel rauskommen. Wir werden bei CHF 2'500'000 budgetiertem Verlust bleiben. Mit einer Rückweisung hätten wir die Gelegenheit, den Gemeinderat dazu aufzufordern, die Zahlen im Detail anzuschauen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Auch wir sind für eine Rückweisung und Nichteintreten, und zwar aus folgenden Gründen. Wir sind der Meinung, dass die Einnahmen Schritt halten sollten mit den Ausgaben. Das ist hier klarerweise nicht der Fall. Die Ausgaben wachsen sehr viel stärker als die Einnahmen. Wir laufen in eine Verschuldungsfalle hinein, das haben wir schon einmal gehört. Wir werden bis 2018 plus CHF 80'000'000 Schulden haben. Eigentlich sind alle gleicher Meinung: Wir sollten sparen. Selbst der Gemeinderat stellt fest, dass fast alle strategischen Ziele nicht erfüllt sind. Wir meinen klar, dass wir nicht bis 2015 bis zum nächsten Budget warten sollen, das wäre unverantwortlich. Wir sollten jetzt unseren Worten Taten folgen lassen. Wir meinen, dass man mindestens CHF 1'000'000 einsparen sollte. Darum haben wir ein entsprechendes Budgetpostulat gestellt, welches wir zurückgenommen haben zugunsten der Rückweisung. Ich wurde gefragt, wo man sparen kann. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, wo wir grosszügig Geld ausgegeben haben. Ich denke an den Ausbaustandard für Kindergärten etc. Jetzt ist es Zeit, endlich einmal zu sparen, nicht zuletzt zugunsten von unseren Freiräumen. Wenn wir jetzt nicht sparen, dann bleibt uns nichts mehr anderes übrig als sämtliche Freiräume, welche wir noch haben, zu verkaufen, damit wir nicht zu stark verschuldet sind. Das möchten wir von der GLP/BDP-Fraktion verhindern. Wir stellen auch den Antrag auf Nichteintreten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind klar dafür, dass wir auf das Budget eintreten. Wir werden schlussendlich das Budget auch genehmigen. Wir sind aber auch der Meinung, dass man sich unbedingt fundierte Gedanken machen muss, wo man Einsparungen vornehmen kann.

Jetzt für das Budget 2014 erachten wir es als zu spät. Wir werden Hand bieten für Lösungen, damit man sich anfangs des kommenden Jahres bereits mit dem Budget 2015 befassen kann, sodass wir eine fundierte Analyse haben, wo wir sehen, wo man Einsparungen vornehmen kann. Wir Einwohnerräte müssen uns auch selber an der Nase nehmen, und bevor wir Ausgaben beschliessen überlegen, ob es die Variante ist, die wir uns leisten können oder ob es einen Luxus drin hat, den man rausstreichen könnte. Es betrifft mich genau gleich, dazu sollten wir vermehrt einen Blick in den Investitionsplan werfen, wo für die nächsten Jahre, 2017 und 2018, grosse Positionen drin sind. Da frage ich mich, ob sie in dieser Höhe notwendig sind.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte etwas zu bedenken geben an alle, die jetzt sagen, dass wir nicht eintreten sollen. Ich meine, dass man dies nicht so pauschal sagen und den Gemeinderat beauftragen kann, dass er nochmals alles neu machen soll. Wenn man für die Rückweisung des Budgets ist, dann muss man klar darlegen, was konkret anders gemacht werden soll. Welche Position soll verändert werden, wo konkret soll gespart werden. Dass die Schulhäuser und die Kindergärten so teuer sind, ist keine Überraschung. Das hat der Einwohnerrat und zum grossen Teil auch das Volk so gesprochen. Es widerspricht sich, wenn wir einerseits diese Investitionen beschliessen und dann andererseits das Budget zurückweisen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich etwas zu dem, was vorhin gesagt wurde von wegen dunklen Wolken. Wenn ich dunkle Wolken am Himmel sehe, dann gehe ich nicht raus zum picknicken. Dann bin ich verantwortungsvoll und handle entsprechend. Ich finde das Budget so nicht in Ordnung. Wir können nicht auf der einen Seite sagen, dass alles okay ist. Wir haben es vorhin gehört, die Nettoverschuldung pro Einwohner überschreiten die Grenzwerte. Ich habe mich als Volksvertreterin wählen lassen, das kann ich als Einwohnerrätin nicht gegenüber den Stimmbürgern vertreten. Wir haben es vorhin gehört. Bei der Abstimmung über das Schulhaus sind andere Zahlen präsentiert worden, als in Wirklichkeit Bestand hatten, gerade wenn es um konkrete Hinweise zum Sparen geht. Wieso nicht das Schulhaus, gerade angesichts dieser Situation, wo wir sehen, dass wir nicht Flickwerk machen können, um eine Tranche von CHF 10'000'000 kürzen? Wir haben es bereits gehört von der BDO-Mitarbeiterin. Sie hat gesagt, dass es nur unter äusserst prekären Zuständen, oder wenn alles rosarot wird in Zukunft, möglich ist mit diesem hohen Preis. Jetzt sehen wir ja, dass es nicht möglich ist, also handeln wir doch entsprechend. Entschuldigung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es gab auch schon andere Gemeinden, welche das Budget zurückgegeben haben. Der Gemeinderat darf dann nochmals zusammensitzen und das Ganze wieder bringen mit gewissen Einsparungen. Es stimmt auch nicht, dass man es begründen muss. Der Nationalrat hat für CHF 200'000'000 Einsparnisse das Budget zurückgegeben und gesagt, dass man nochmals über die Bücher gehen soll. Das können wir auch machen und CHF 20'000'000 Einsparungen fordern. Dann müsste man wirklich einmal sparen, und halt auch dort, wo es weh tut. Wenn ich an gewisse Orte der Gemeinde denke, dann graust es mir, wo wir Geld ausgeben, das nicht nötig wäre. Es erstaunt mich auch, dass diejenigen, welche bei den Abstimmungskämpfen immer sagen, dass man sparen muss und nicht mehr Geld ausgeben soll, liebe FDP und CVP, jetzt dafür sind, dass wir ein paar Millionen mehr ausgeben und das Budget durchwinken. Ich hoffe, Ihr gebt euch einen Ruck und gebt es dem Gemeinderat nochmals zum überarbeiten, damit sie über das Neujahr arbeiten können.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich muss noch etwas für meine Psychohygiene tun. Ich habe mich jetzt wieder geärgert über die Aussage, dass wir immer wieder hintennach kommen wie die alte Fasnacht. Ich habe beim Schulhausbauprojekt zwei Jahre lang darauf hingewiesen, wie man dies besser und günstiger machen könnte. Schon dort hiess es, wie die alte Fasnacht komme man daher. Das stinkt mir, das finde ich nicht fair. Hier noch eine Geschichte, die mich immer beschäftigt hat in Zusammenhang damit, wie ich den Gemeinderat erlebe. Den einen Frosch wirft man ins heisse Wasser. Er riecht den Braten und springt hinaus. Den zweiten Frosch tut man ins lauwarmer Wasser. Es ist ihm wohl, er schwimmt herum, es wird immer heisser. Als er den Braten riecht, merkt er, dass er der Braten ist. So wie es dem zweiten Frosch geht, so dünkt es mich, geht der Gemeinderat mit uns um. Immer ein bisschen mehr und ein bisschen heisser. Herausspringen tun wir nicht. Heute wäre die Gelegenheit herauszuspringen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich sage nichts zum Schulhaus, diese Diskussion ist glaub abgeschlossen. Beim Wort Sparen grad an die Investitionen zu denken, finde ich nicht unbedingt sehr gescheit. Es ist ganz offensichtlich, dass wir jetzt Probleme haben in der Gemeinde, weil wir eben nicht

investiert haben und einen Rückstau hatten, den man jetzt abtragen muss. Was mir fehlt, und das hätte ich eigentlich erwartet zumindest als Kenntnisnahme, ist, eine Auflistung, wo wir in der Gemeinde wirklich in eigener Kompetenz etwas einsparen oder streichen können. Es gibt derartige Positionen, es gibt aber auch andere, wo wir einfach nachvollziehen müssen, was übergeordnetes Recht ist. Das ist ein relativ grosser Teil. Wir könnten dann über Fakten sprechen und nicht über teurer als nötig. Mir fehlt das Fleisch am Knochen. Wie möchte man es angehen, dass diese Zahlen nicht derart grösser werden, wie es jetzt aussieht. Ich werde darum etwas machen, das ich sonst eher selten mache, ich werde mich der Stimme enthalten, wenn es um die Genehmigung des Budgets geht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte noch etwas anfügen. Ich muss Ueli Recht geben in dem, was er sagt. Es ist schon ein bisschen Gang und Gäbe. Wenn wir ein Geschäft anschauen, dann überweisen wir es. Es heisst dann, man soll es jetzt überweisen und man könne dann später noch darauf Einfluss nehmen. Wenn dann ein Einwohnerrat später kommt und Einfluss nehmen möchte, dann heisst es, man solle nicht, wie der späte Zug, hintendrein kommen. Das ist nicht ganz richtig, das muss ich an dieser Stelle sagen. Wenn wir auf das Budget eingehen, dann werden wir automatisch unsere beiden Budgetpostulate zurückziehen und uns bei den weiteren Postulaten enthalten. Wir werden bei der Schlussabstimmung gegen das Budget stimmen. Das möchte ich zur SVP-Strategie sagen. Ich bitte alle, die in der Fraktion bestimmt haben, das Budget anzunehmen, und jetzt aber ein mulmiges Gefühl haben, das Budget zurückzuweisen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Zu Claude Bourgnon möchte ich sagen, dass die Fireko genau diese Liste fordert, wir nennen sie nur ein bisschen anders. Wir möchten vom Gemeinderat ein Konzept gegen das sogenannte strukturelle Defizit. Wir möchten wissen, wo man sparen kann und in welchen Beträgen. Wir sind seit längerem dran. Zur Transparenz, welche mehrmals erwähnt wurde. Ich erinnere mich daran, dass ich letztes Jahr im Namen der Fireko mehr Transparenz gefordert habe. Transparenz könnte so weit gehen, dass man sagt, bevor eine Ausgabe genehmigt wird, rechnet man die neue Höhe der Nettoverschuldung. Das mit der Transparenz ist nichts Neues.

Franz Vogt, Gemeinderat: Man muss sich fragen, ob wir mit einer Zurückweisung weiter kommen in der Sache oder ob man eher stehen bleibt. Sie können sicher sein, dass ich als Bauer weiss, dass man nicht mehr ausgeben kann, als dass man einnimmt. Auf das werde ich garantiert den Finger heben, da können Sie sicher sein. Es ist nun einfach so, das werde ich nachher in der Präsentation darlegen, dass grosse Brocken von den zusätzlichen Ausgaben auf uns zugekommen sind, welche so schnell nicht aufgefangen werden können. Wir müssen dran gehen, wir müssen die Ausgaben kürzen, wir müssen die Leistungen überprüfen. Das wird nicht einfach werden und es wird auch wehtun. Der Einwohnerrat wird gefordert sein, die Verwaltung ist gefordert und natürlich wird in erster Linie der Gemeinderat gefordert sein. So substantielle Einsparungen können nicht auf die Schnelle gemacht werden. Natürlich kann man im Budget das eine oder andere streichen, dann ist man schnell eine Million tiefer. Wenn es nachher trotzdem nicht eintrifft, dann ist man nicht weiter als vorher. Wir müssen hier realistisch bleiben. Der Finanzplan ist eine reine Fortschreibung des Budgets 2014, für mich persönlich völlig inakzeptabel, dass wir es so weiter fortschreiben. Der Gemeinderat muss diese Leistungen überprüfen und wir müssen eine Verbesserung heranzubringen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich glaube, dass ich ziemlich tief in den Budget- und Abschlusszahlen stecke, sodass ich verantwortungsvoll das Budget zurückweisen oder abweisen kann. Ich habe mich sehr breit informieren lassen, vor allem bei der Sozialhilfe. Diese Kosten sind massiv angestiegen. Ich habe mir von anderen Gemeinden sagen lassen, dass der grosse Anstieg im Sozialbereich in den Jahren 2012 und 2013 ist. Ich frage mich, weshalb dies jetzt ein so grosser Anstieg ist. Das ist mit ein Grund, weshalb ich bei dieser Intransparenz nicht auf das Budget eingehen kann.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung beim Eintreten. Der Stimmbürger hat ein Anrecht darauf zu wissen, wer fürs Sparen ist und wer nur vom Sparen redet.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich habe gut zugehört, was Sie gesagt haben. Das meiste habe ich nicht zum ersten Mal gehört, das meiste wurde hier schon mehrfach diskutiert. Teure Laptops für Schulen, ich erinnere mich an die Diskussion hier drin. Ich weiss, dass du, Jérôme Mollat, der Meinung warst, dass diese Laptops zu teuer sind. Der Einwohnerrat hat aber am Schluss beschlossen, dass er diese, in

Anführungszeichen, teuren Laptops kaufen möchte. Der Einwohnerrat hat dies entschieden. Dasselbe war bei der Diskussion zum neuen Schulhaus der Fall. Auch da hat der Einwohnerrat beschlossen, dass er dieses Schulhaus bauen möchte. Die Bevölkerung hat dieser Investition zugesagt. Das gleiche war bei den Kindergärten. Wir hatten mehrere Vorlagen hier drin, wo es um die Kindergärten ging. Der Einwohnerrat hat teilweise sogar noch mehr Ausgaben beschlossen, Thema Unterkellerung. Der Gemeinderat hat eine weniger teure Version vorgeschlagen. Der Einwohnerrat wollte eine Unterkellerung und somit wurde mehr Geld ausgegeben. Diese Beschlüsse wurden hier drin alle gefasst. Diese Beschlüsse sind letztendlich Teil des Finanzplanes und des Budgets. Aufgrund der Beschlüsse, die gefasst wurden, eine Rückweisung zu beantragen, kommt mir vor wie ein Fussballmatch, wo man einfach den Ball hin- und herschiebt im Mittelfeld. Das Ziel ist aber nicht hin- und herschieben, sondern ein Goal zu machen, um dem Ziel näher zu kommen. Das Ziel hier ist ein Budget zu präsentieren, zu dem wir alle Verantwortung übernehmen.

Zum Thema fehlende oder keine Transparenz. Das stimmt gar nicht, der Gemeinderat hat immer gesagt, dass er zur Finanzierung des Schulhauses drei Grundstücke veräussern möchte, nämlich Bettenacker, Gartenstrasse und Sturzeneggerareal. Das steht im Finanzplan drin. Wo ist hier die fehlende Transparenz?

Grundsätzlich zu den Zahlen. Ich gebe allen Recht, und der Gemeinderat ist auch dieser Meinung, diese Zahlen sind nicht besonders toll, und wir schauen nicht in eine besonders rosige Zukunft. Das ist eine Tatsache. Der Gemeinderat nimmt seine Verantwortung ernst und ist bereit, eine Aufgabenüberprüfung an die Hand zu nehmen, und zwar im Januar anfangs. Das hat Franz Vogt Ihnen präsentiert und ich sage es auch nochmals. Wir sind wirklich bereit, ernsthaft die Finanzlage wieder auf einen guten Weg zu bringen. Aber mit der Rückweisung des Budgets wird die Verantwortung nicht ernst genommen, sondern damit wird nur der Ball hin- und hergeschoben ohne Ziel.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es gibt schon Orte, an denen man sparen könnte. Wenn ich sehe, dass CHF 2'500'000 mehr ausgegeben werden vom einen zum nächsten Jahr bei den Sozialen Diensten, dann muss ich sagen: Sorry, da wird es mir grauselig. Wenn ich dann noch weiss, wie das Geld zum Teil ausgegeben wird, und das weiss ich, ich habe es schwarz auf weiss zuhause, aber darf nicht sagen wie wo wer. Da bekommt einer mehr heraus, wie ich Lohn habe, und ich habe keinen schlechten Lohn. Das funktioniert so nicht. Wenn man dies als sozialen Mindestanspruch festlegt, dann geht es um Luxus. Wir haben keinen Luxuslohn, aber wir haben auch keinen schlechten Lohn, das kann mir Niklaus Morat bestätigen. Wenn jemand vom Sozialamt mehr erhält als ich, dann ist das kein Mindestanspruch mehr. Vielleicht kann man dort schrauben und schauen, ob es nicht noch familiäre Personen sind, welche vermögend sind. Man darf das zurückfordern, wenn es einen Vater gibt, der viel Geld hat, dann darf man das holen. Es wird leider zu wenig gemacht, das ist schade. Diese CHF 2'500'000 würden dann zurückgehen, das ist ein Tipp zum sparen.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich glaube, wir konnten die Meinungen bilden zum Eintreten und sind reif für die Abstimmung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich möchte gerne drei bis vier Minuten Pause. Wir hatten in der Fraktion nicht Gelegenheit, diese Eindrücke von euch zu diskutieren bevor wir abstimmen. Es ist wichtig, dass wir in den Fraktionen kurz zusammensitzen können.

Andreas Bammatter, Präsident: Gut, wir machen drei Minuten Time-out und treffen uns dann zur Abstimmung.

Time-out

Andreas Bammatter, Präsident: Wir haben es kurz besprochen, wir machen es folgendermassen. Ich habe hier fünf Unterschriften, es gibt nachher eine namentliche Abstimmung über das Eintreten. Weil wir jetzt ein Time-out hatten, soll pro Fraktion eine Person ein kurzes Statement abgeben, wenn Sie das möchten, und dann machen wir die Abstimmung.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Wir finden nach wie vor, es ist genug geredet. Jetzt muss etwas gehen. Zurückweisen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir sind der Meinung, dass wir darauf eintreten. Wir finden die Zahlen auch nicht so toll, aber das hat noch nichts mit dem Budget zu tun.

Roland Naef, parteilos: Ich bitte alle, nach dem Bauch und nicht nach der Fraktion zu entscheiden, zurückweisen oder halt guteissen, aber nicht unter Fraktionszwang.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir haben die letzte Stunde wieder alle vom Sparen geredet. Viele reden lieber vom Sparen, als sie tatsächlich sparen. Wir stellen nach wie vor den Antrag auf Rückweisung und nicht eintreten.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Für uns in der Fraktion ist es klar, dass wir auf das Budget eintreten wollen. Uns ist es auch klar, dass wir frühzeitig über das nächste Budget gehen müssen, indem wir fundierte Untersuchungen anstellen, wie der Ist-Zustand ist, und anhand davon dann überlegen, wo man kürzen kann.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist ebenfalls fürs Eintreten. Gemeinderätin Nicole Nüssli hat mir aus dem Herzen gesprochen. Wir können nicht einerseits Ausgaben beschliessen und dann nicht aufs Budget eintreten, was nichts anderes heisst, als dass wir es nicht einmal diskutieren würden.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist weiterhin für die Zurückweisung. Ich schliesse mich Roland Naef an. Jeder, der nicht 100% hinter diesem Budget stehen kann, soll es zurückweisen oder sich mindestens enthalten.

Andreas Bammatter, Präsident: Gut, dann kommen wir jetzt zur namentlichen Abstimmung. Es braucht ein einfaches Mehr.

Namentliche Abstimmung:

Folgende Einwohnerräte stimmen Ja (Eintreten): Adam Rolf, Balsiger Sonjic Rahel, Bammatter Andreas, Bourgnon Jean-Claude, Duperrex Claude, Gadola Bruno, Gruber Markus, Gürtler Kathrin, Hofmann Philippe, Kneier Kurt, Morat Niklaus, Roth Evelyne, Stierli Beatrice, Vogt Jürg, Vogt Susan, Wagner-Sakar Semra, Werren Kienzler Daniela, Winter Jean-Jacques, Wolf Stephan

Folgende Einwohnerräte stimmen Nein (Nichteintreten): Breitenstein Ruedy, Imhof René, Keller Ueli, Kneubühler Patrick, Meisel Maya, Misslin Jacqueline, Mollat Jérôme, Mussler Lukas, Naef Roland, Ruckstuhl Christoph, Selinger Barbara, Spiegel Florian, Tomek Stefan, Uccella-Klauser Pascale, Ulusoy Nedim, Zimmermann Simon

Enthaltungen: Keine

Abwesend und entschuldigt: Adam Philippe, Bieri Armin, Brack Peter, Hecklin Beatrice, Maurer Simon

://:

Mit 19 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen haben Sie das Eintreten bejaht.

PAUSE

Andreas Bammatter, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung weiter. Neben Herrn Wicki sitzt noch jemand Neues. Allen, die am 29. November nicht dabei sein konnten, als Frau Schaub sich vorgestellt hat, möchte ich Gelegenheit geben, und sie vorstellen. Frau Schaub, Sie sind ad interim bis Mitte nächstes Jahr, bis Herr Pfister, der neue Gemeindeverwalter, wieder zurückkommt, bei uns. Ich bedanke mich für Ihren Einsatz. Ich hoffe, Sie haben viel Freude und Spass mit uns, auch wenn es jetzt etwas turbulenter

zugeht. Sie ist seit Jahrzehnten im Business, lächelt immer noch und ist von dieser Debatte noch nicht beunruhigt.

Traktandum 2.1.0 Eintretensdebatte

Franz Vogt, Gemeinderat: Wir können frisch gestärkt in die zweite Runde. Wir kommen zur Präsentation des Budgets 2014. Der Budgetierungsprozess läuft wie folgt ab. Budgetvorgaben des Gemeinderates an die Verwaltung. Investitionsbudget 2014, dezentrale Budgetierung durch die Hauptabteilungen, erste Lesung Gesamtbudget, Beratung Spezialfinanzierungen inklusive Finanzpläne, weitere Lesungen, Gesamtbudget, Beratungen, Berichte, Erläuterungen und Finanzpläne, Fireko-Besprechungen, Fragenkataloge, Antworten und Einwohnerrat. Die strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2013 bis 2018 haben als Basis für Budgetvorgaben gedient und haben wiederum die Grundlagen gebildet. Budgetvorgaben werden jeweils im Mai aufgrund der aktuellen Kenntnisse und nach bestem Wissen und Gewissen vom Gemeinderat beschlossen. Um Verschiebungen von Investitionen vorzubeugen, sollten nur realisierbare Investitionen ins Budget aufgenommen werden. Das Budget 2014 wurde erstmals nach HRM2 dargestellt. Die Zahlen des Budgets 2013 wurden zu Vergleichszwecken nach den neuen Vorschriften umgegliedert. Auf eine Anpassung der Rechnung 2012 wurde aus Kosten- und Zeitgründen verzichtet. HRM2 bringt neben einer geänderten Darstellung auch neue Begriffe mit sich. Sie haben die Unterlagen für diese Sitzung, ein Blatt mit den wichtigsten Änderungen, erhalten. Wir werden alle versuchen uns an die neuen Begriffe, wie zum Beispiel Budget anstatt Voranschlag, zu gewöhnen. Bei der Überprüfung des Budgets 2014 durch das statistische Amt des Kantons wurde festgestellt, dass zwei Positionen nicht ganz korrekt zugewiesen wurden. Sie finden an Ihrem Platz ein Blatt, wo dies nochmals kurz erläutert wird. Es handelt sich dabei nur um Umgliederungen. Der Saldo des Budgets bleibt unverändert.

Die Zahlen gemäss Ergebnisübersicht. Der Ertrag ist gegenüber dem Vorjahresbudget um 3,6% gestiegen. Leider ist der Aufwand noch stärker gestiegen gegenüber dem Vorjahresbudget um satte 4,9%. Insgesamt fällt das Ergebnis um CHF 1'1300'000 negativer aus. Die Nettoinvestitionen sind total CHF 25'400'000, davon im steuerfinanzierten Bereich ohne Spezialfinanzierungen CHF 22'000'000. Die Tabelle stammt aus dem Budget, Seite 10 Übersicht Finanzkennzahlen. Spezialfinanzierung heisst: Abschreibungen abzüglich Einlagen in Vorfinanzierungen oder plus Entnahmen aus Vorfinanzierungen plus Reingewinn, respektive minus Reinverlust, in unserem Fall Abschreibungen minus Reinverlust. Der Selbstfinanzierungsgrad sollte mittel- und langfristig 100% sein. Ein Selbstfinanzierungsgrad grösser als 100% ergibt Schuldenabbau.

Die Mehraufwände im Wesentlichen. Wir haben den Personalaufwand. Pensenerhöhungen und neue Stellen und Stufenanstieg beim Verwaltungs- und Betriebspersonal bei einer Teuerung von 0% beträgt plus CHF 575'000. Die Lehrerbeseoldung, wegen zusätzlichen Klassen, plus CHF 574'000, abzüglich weniger vorzeitige Pensionierungen als 2013, minus CHF 694'000. Mit dem Sachaufwand ist der bauliche Unterhalt, Dienstleistungen, Honorar und übriger Sachaufwand gemeint. Passivzinsen: Ein Anstieg der Schulden aufgrund erhöhter Darlehensaufnahme in Zusammenhang mit dem Projekt unser neues Schulhaus. Abschreibungen, zwar hohe Investitionen, aber aufgrund der neuen Abschreibungsregelung in HRM2 im Jahr 2014 keine erhöhten Abschreibungen. Transferaufwand: Entschädigungen an das Gemeinwesen total minus CHF 248'000, davon Entschädigungen an den Kanton plus CHF 209'000, Entschädigungen an Gemeinden und Zweckverbände minus CHF 457'000. Beim Finanzausgleich, wie in der letzten Präsentation dargelegt, minus CHF 220'000. Beiträge an das Gemeinwesen und Dritte plus CHF 2'649'000, davon Sozialhilfe an Private CHF 2'500'000, Kinderkrippen, Kinderhort plus CHF 335'000, AHV, IV, EO plus CHF 260'000. Die Einlage in die Sonderfinanzierung ist kein Verlust, sondern ein höhere Gewinn und eine höhere Einstellung in die Sonderfinanzierung bei der Wasserrechnung. Mehrertrag sind im Wesentlichen Steuern, aufgrund der Prognosen des Kantons und des Wirtschaftsinstituts BAK erwarten wir bei den natürlichen Personen plus CHF 1'140'000, bei den juristischen Personen plus CHF 800'000. Es werden tiefere Rückerstattungen von Privaten bei der Sozialhilfe erwartet. Transfer Ertrag, unter anderem bei der Sozialhilfe, Entschädigungen des Kantons plus CHF 950'000. Tagesschulen Bundesbeitrag plus CHF 100'000, Beiträge an private Haushalte plus CHF 115'000. Entnahme aus Sonderfinanzierungen. Die Entnahme aus dem Fonds Ersatzabgaben Schutzraumbauten für den Ersatz des Rettungsmaterials Zivilschutz von CHF 425'000 im Budget 2013 fällt im 2014 weg. Die Rezession hat bei den Steuererträgen glücklicherweise weniger starke Auswirkungen gezeigt. Die Steuern 2014 bei den natürlichen Personen sind wiederum aufgrund der kantonalen Prognosen budgetiert, welche auf BAK-Daten basieren. Der budgetierte Betrag liegt bei CHF 46'950'000. Aufgrund der vorhandenen Datenlage sowie der kantonalen Prognose budgetiert der Kanton bei den juristischen Personen ein Ertragswachstum von 6%, für 2014 gehen wir nicht von rückläufigen Steuereinnahmen aus. Die budgetierten Steuereinnahmen bei den juristischen Personen sind um CHF

800'000 auf CHF 14'800'000 erhöht worden. Nur die wesentlichen Investitionen sind im Detail aufgelistet, in Tausender. Investitionen der Spezialfinanzierungen und vom Finanzvermögen sind nicht darin enthalten. Bei der allgemeinen Verwaltung ist zu erwähnen IT, Erneuerung Speichersystem, Erneuerung Backup, Erneuerung WLAN CHF 151'000. Kosten/Leistungsabrechnung CHF 53'000. Bei der Bildung haben wir das Schulhaus Gartenhof mit CHF 12'400'000, Kindergarten Pestalozzi Abbruch und Neubau CHF 4'200'000, Doppeltageskindergarten CHF 1'200'000, Kindergarten Schlappenmatten CHF 830'000, ICT an Kindergärten und Primarschule CHF 354'000. Kultur und Freizeit, Projektierung Wegmattenpark ist CHF 100'000, Sanierung der Ausgleichsbecken im Hallenbad CHF 70'000. Gesundheit, Investitionsbeitrag an das Alterszentrum am Bachgraben CHF 270'000. Beim Verkehr haben wir diverse Strassensanierungen 2014, CHF 500'000. Ersatz der öffentlichen Beleuchtung, CHF 450'000. Ersatz der Wischmaschine, CHF 170'000. Umwelt und Raumplanung, Projektentwicklung betreutes Wohnen Wegmatten CHF 250'000. Diese Grafik zeigt, dass der Löwenanteil der Investitionen ins Schulhaus und in die Kindergärten fliesst.

Rückblick auf die Jahre 2006 bis heute. Die Selbstfinanzierung bewegt sich nach guten Jahren 2007 bis 2011 wieder auf dem Niveau von 2006. Die Nettoinvestitionen sind im 2014 wie auch im 2013 weit über der Selbstfinanzierung. Der hohe Kostenanstieg entsteht vor allem durch das neue Schulhaus.

Ergebnis 2014 der Spezialfinanzierungen. Die Wasserrechnung erzielt einen Überschuss. Dieser ist notwendig, da in den nächsten Jahren grössere Investitionen anstehen, vor allem ins veraltete Leitungsnetz. Beim Abwasser ist ein kleiner Verlust gewollt, um das Nettovermögen von CHF 5'800'000 langsam abzubauen. Auch die Abfallbeseitigung macht einen kleinen Verlust, um das Nettovermögen zu senken.

Die Zielerreichung kann mit einem budgetierten Defizit von minus CHF 2'428'000 nicht als vollkommen erreicht betrachtet werden. Vorgaben bei den direkt beeinflussbaren Kosten bei der Verwaltung wurden von der Verwaltung vollständig eingehalten, auch dank dem Sachaufwandsplafond. Die Auswirkungen der stark ansteigenden Unterstützungsleistungen bei der Sozialhilfe, die höheren Subventionen im Bereich Famex, sowie die stetig steigenden Bildungskosten sind zu gross, als dass sie auf einfache Weise kompensiert werden könnten. Aufgrund des Schulhausneubaus werden die Kennzahlen bei den Investitionen sowie die Verschuldung in den nächsten Jahren nicht toll aussehen. Alles in allem kann gesagt werden: Der Kostenanstieg vor allem bei der Sozialhilfe kam zu schnell. Korrekturen brauchen ein bisschen Zeit. Die Leistungsprüfungen werden an die Hand genommen. Es wird in den kommenden Jahren Anstrengungen von allen brauchen, vom Gemeinderat, von der Verwaltung und vom Einwohnerrat. Packen wir es an.

Andreas Bammatter, Präsident: Der Bericht der Fireko zum Budget liegt Ihnen vor, sowie der Bericht zu den Budgetpostulaten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich schlage vor, dass wir es so machen wie in den letzten Jahren, nämlich dass ich konkret zu den Budgetpostulaten etwas sagen, wenn es behandelt wird.

Andreas Bammatter, Präsident: Gut, dann nehmen wir das Geschäft 4149B hervor, Stellungnahme und Anträge des Gemeinderates zu den Budgetpostulaten, sodass wir alle die gleiche Reihenfolge haben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.2

Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend
Erhöhung des Projekts für die Gestaltung Lindenplatz bzw.
Haltestelle Kirche um 50'000.00 CHF, Konto 3420-3131, Geschäft 4149B.1

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es mag paradox erscheinen, wenn wir mit einem Postulat kommen, das CHF 50'000 erhöht, wenn wir die ganze Zeit vom Sparen sprechen. Wenn Sie das genau anschauen, dann sehen Sie, dass wir mit der Erhöhung des Budgets, welches der Gemeinderat mit CHF 30'000 formuliert hat, auf CHF 80'000, aus dem Agglomerationsprojekt viel Geld herausziehen können. Das ziffache, das wir investieren, können wir zurückholen, davon bin ich überzeugt. Das habe ich mir auch sagen lassen von erster Stelle. Wenn wir das Projekt Lindenplatz und Haltestelle Kirche zusammen mit der Baslerstrasse angehen, und eine Kooperation mit dem Tiefbauamt machen, dann haben wir

Bundessubventionen zu gute. Das ist viel mehr, als wir investieren müssen. Das beste Beispiel dafür ist Reinach. Sie haben CHF 1'700'000 bis CHF 2'000'000 aus dem Fonds erhalten, indem sie diese Plätze zusammen mit der Hauptschlagader zusammen konzipiert und geplant haben mit dem Tiefbauamt. Wenn wir das machen, dann erhalten wir das zigfache zurück. Ich bitte Sie, das Postulat entsprechend zu unterstützen. Der Gemeinderat schreibt in der Beantwortung des Postulats: „Die Projekte müssen Massnahmen im Bereich Verkehr beinhalten und im Zusammenhang mit der Erneuerung der Baslerstrasse stehen“. Dem steht nichts im Wege, das können wir machen wie Reinach. Er sagt auch: Es haben allfällige Massnahmen im Bereich des Verkehrsregimes keinen bedeutsamen Zusammenhang“. Also sie haben einen Zusammenhang, ob er bedeutsam ist oder nicht, ist wieder eine andere Frage. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, wir erhalten das zigfache von dem zurück, was wir investieren.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie bereits gelesen haben, ist der Gemeinderat der Meinung, dass wir dies auf keinen Fall überweisen sollen. Hier müssen wir den Sparstift ansetzen.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: In der Fireko haben wir uns mit dem Budgetpostulat auseinandergesetzt. Man kann es dem Bericht entnehmen, die Fireko war hier geteilter Meinung und am Schluss gab es einen Stichentscheid des Kommissionspräsidenten. Wir waren der Meinung, dass diese Gewinne, welche hier in Aussicht gestellt werden, zu vage sind. In Anbetracht der angespannten Finanzierungssituation rechtfertigt sich das Budgetpostulat letztendlich nicht. Die Fireko empfiehlt Ihnen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es steht noch eine Petition im Raum, dass die Bevölkerung beim Lindenplatz den Lindenplatz saniert haben möchte. Die Anwohner, welche der Gemeinderat hier aufzählt, haben sich mit einem Leserbrief artikuliert. Wenn Sie den Petitionstext und die Leserbriefe anschauen, dann sehen Sie keinen Unterschied, es wollen alle das gleiche.

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim Lindenplatz ist eine Umgestaltung im kleineren Rahmen geplant. Dazu hat der Gemeinderat im Budget etwas vorgesehen. Ich möchte keine zu grossen Hoffnungen schüren. Grundsätzlich ist mir diese Petition bestens bekannt. Ich meine, dass sich etwas ausrichten lässt am Lindenplatz, aber im Rahmen von unseren finanziellen Möglichkeiten. Ich bitte Sie, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über dieses Budgetpostulat.

://:

Das Budgetpostulat wird mit 6 Ja- zu 16 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen nicht überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2.1.3

Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend

Kinder- und Erwachsenenschutz KESB,

Kürzung der Beiträge um 184'000.00 CHF, Konto 1401-3612, Geschäft 4149B.2

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir haben gesagt, dass die SVP-Fraktion beide Budgetpostulate zurückziehen wird.

Andreas Bammatter, Präsident: Somit ist dieses Budgetpostulat zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.4

Budgetpostulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, betreffend Kürzung Sozialhilfe an Private um 2'000'000.00 CHF, Konto 5720-3637, Geschäft 4149B.3

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion zieht beide Budgetpostulate zurück.

Andreas Bammatter, Präsident: Somit ist auch dieses Budgetpostulat zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.5

Budgetpostulat von Niklaus Morat, SP-Fraktion, betreffend Agglomerationsverkehr, Streichung des Postens Planungen und Projektleitungen Dritter, Konto 6230-3131, Geschäft 4149B.4

Niklaus Morat, SP-Fraktion: In letzter Konsequenz müssen wir dieses Budgetpostulat überweisen. Wir haben letztes Mal hier drin das Postulat zur Linie 38 abgelehnt. Ausserdem ist es definitiv Sache des Kantons ÖV-Planungen anzustellen. Das gehört nicht ins Budget der Gemeinde.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Kurz zur Ansicht der Fireko. Das Postulat zur Verlängerung der Buslinie 38 wurde an der letzten Einwohnerratssitzung nicht überwiesen. Es ist natürlich konsequent, dass wir dann die CHF 8000 aus dem Budget rausnehmen. Die Fireko empfiehlt, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir stimmen ab.

://:

Das Budgetpostulat wird grossmehrheitlich angenommen, und somit die CHF 8000 gestrichen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2.1.6

Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Lukas Mussler, BDP und GLP, betreffend Aufwandsüberschuss um 1'000'000.00 CHF kürzen, Geschäft 4149B.5

Andreas Bammatter, Präsident: Dieses Budgetpostulat wurde zurückgezogen, somit ist dies erledigt. Das Budgetpostulat 6 behandeln wir später, wenn wir zu den Abstimmungen zum Steuerfuss kommen.

Traktandum 2.2

Detailberatung

Andreas Bammatter, Präsident: Es geht um das Geschäft 4149, das ist das grosse Buch, das wir haben. Die zweite Vizepräsidentin wird abschnittsweise durchgehen. Ich bitte, auch wenn es schnell geht, die Hand zu heben, wer etwas sagen möchte, damit wir allenfalls stoppen können.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir haben eine Frage zum Konto 315. Wir haben uns erlaubt, den Gemeinderat vorher über diese Frage zu informieren. Weshalb sind die beiden Konten 3153 und 3158 zusammen in den letzten Jahren seit 2008 Rechnung und 2009 Budget um jährlich 13% gestiegen?

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich kann diese Antwort geben, dank dem, dass ich mich vorbereiten konnte. Ich kenne nicht jede Position auswendig. Es ist ein sogenanntes IT-Unterhaltskonto, also beide Positionen. Sie beziehen sich auf Software- und Hardware Wartungsverträge. Diese beiden Konti sind in den letzten Jahren gestiegen. Diese Steigerung hat verschiedene Gründe, respektive ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Die Hard- und Software wurde ausgebaut. Franz Vogt hat es vorhin ausgeführt. Das Speichersystem musste erweitert werden, dies hat zu weiteren Kosten geführt. Wir mussten gesetzlich vorgeschriebene Software-Erweiterungen einführen, beispielsweise Einwohnerkontrolle und Finanzen aufgrund von HRM2. Da hatten wir zusätzliche Kosten. Wir haben zusätzlich neue Softwarepakete angeschafft, das eine ist die Geschäftsverwaltung, und das andere ist in Zusammenhang mit der Telefonzentrale. Ein weiterer Grund ist, dass wir aufgrund der weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weitere Benutzerlizenzen kaufen mussten. Der letzte Grund ist der, dass wir seit 2011 Microsoft-Lizenzen über dieses Konto führen und nicht mehr über das Investitionskonto, also über das Unterhaltskonto. Das sind die Gründe, weshalb diese beiden Konti angestiegen sind in den letzten fünf Jahren.

Roland Naef, parteilos: Auf Seite 32 sind die Dienstleistungen und Honorare. Ist es richtig, dass sich dies bald bei CHF 4'000'000 einpendelt, Jahr für Jahr, dass wir für externe Projektierungen, Honorare, Gutachter und Fachexperten CHF 3'800'000 bis CHF 3'900'000 ausgeben?

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ja, das ist eine Tatsache, das ist so. Wir haben verschiedene Projekte, wo wir externe Fachplaner beiziehen müssen. Wenn wir es inhouse lösen, dann müssen wir jemanden anstellen. Anstellungen sind jährlich wiederkehrende Kosten, welche wir nicht einfach wieder wegstreichen. Wenn wir jemanden extern beauftragen, dann sind die Kosten, wenn das Projekt abgeschlossen ist, wieder weg.

Roland Naef, parteilos: Dann müsste man aber diese Kosten den Projekte zuweisen und nicht hier drin lassen. So machen wir bei den Projekten falsche Aussagen. Wenn wir einen externen Berater für das Schulhaus haben, dann gehört der in die Kosten des Schulhauses und nicht hier unter externe Beratung versorgt.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Nur ganz kurz, sie sind nicht versorgt, sie sind verbucht. Für die Verbuchung ist Herr Rieder zuständig. Bezüglich dieser Frage kann er direkt antworten, dann haben wir einen Fachmann, der die Antwort gibt.

Philipp Rieder, Hauptabteilungsleiter a.i. Finanzen-Steuern: Es ist tatsächlich so. Wenn wir eine Projektleitung haben, die für ein Projekt wie das Schulhaus ist, dann geht es auf den Investitionskredit. Aber in diesen Bereichen, 3130, 3132, sind es nicht nur Beraterhonorare, wo wir irgendwo CHF 3'800'000 haben, sondern dort ist die ganze Kehrriktabfuhr drin, diese kostet auch, CHF 700'000 externe Kosten. Alles, was externe Kosten sind, also wenn ein Externer eine Dienstleistung für die Gemeinde erbringt, dann läuft das dort drüber. Wir bezahlen CHF 500'000 Zahnarztkosten für Kinder –und Jugendzahnpflege. Dort kommt zwar ein Teil des Geldes zurück, aber wir müssen es Brutto verbuchen. Das sieht nach viel aus, aber im Detail sind nur ein kleiner Teil davon Beratungshonorare. Da sind auch Telefonkosten etc. Gemäss HRM2 läuft alles, was eine externe Dienstleistung betrifft, dort drüber.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin: Wir fahren weiter mit der Detailberatung.

4 Gesundheit

5 Soziale Sicherheit

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Investitionsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Roland Naef, parteilos: Ich habe eine Frage zu den Erneuerungen Backup und Speichersystem. Das wird vermutlich alle paar Jahre kommen. Hat man sich hier überlegt, dies extern zu machen? Es gibt mittlerweile viele Firmen, welche sämtliche Daten ausserhalb des Hauses speichern und sie dann wieder zurückholen.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Wir haben mal abgeklärt, was ein Leasing ausmachen würde. Ich denke, das ist nicht deine Frage, sondern da geht es nur um das Speichersystem. Wir haben das so noch nie abgeklärt, aber wir nehmen das sicher mit auf den Weg bei der Aufgabenüberprüfung.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2 Bildung

Roland Naef, parteilos: Ersatzrettungsmaterial Zivilschutz. Ist das eine gebundene Ausgabe oder kann man die verschieben? CHF 425'000 für Rettungsmaterial ist viel, welches wir vermutlich nicht brauchen, und zum Üben ein bisschen brauchen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Diese Ausgaben sind ersatzbeitragsfinanziert und nicht steuerbeitragsfinanziert. Das ist bereits im 2013 erfolgt, danke für den Hinweis. Es ist aus den

Ersatzbeiträgen finanziert von den Investoren, die Häuser errichten, aber auf die Schutzbauten verzichten und stattdessen lieber einen Ersatzbeitrag bezahlen. Mit diesen Ersatzbeiträgen wird es unter anderem beim neuen Schulzentrum Gartenhof eine Bevölkerungsschutzanlage geben. In diesem Gebiet, bzw. im Quartier oberhalb, ehemalige Ziegeleigrube, gibt es zu wenig. Dort wurden viele Ersatzbeiträge bezahlt, und darum probiert man möglichst nahe von diesem Gebiet neue Schutzräume zu errichten. Diese Gelder können nicht nur für Schutzräume verwendet werden, sondern auch für Zivilschutzmaterial. Bisher wurde das Konto von der Gemeinde geführt, jede Gemeinde hat dies selber geführt. Künftig durch eine Bundesgesetzänderung müssen dies neu die Kantone führen. Es ist der Kanton, welcher dann über die Einlage in diesen Fonds befindet. Wir haben die Gelegenheit genutzt, im 2013, wo wir letztmalig über diesen Fonds selber befinden konnten, im Auftrag des Kantons, der uns aufgefordert hat, das Zivilschutzmaterial zu erneuern. Wir arbeiten jetzt im ganzen Kanton mit dem gleichen Material. So kann man sich auch gegenseitig mit Material aushelfen, sodass man sich auch personell aushelfen kann, weil alle mit dem gleichen Material ausgebildet sind. Darum hat man diese Investition jetzt noch getätigt, künftig wird dies nicht mehr möglich sein. Darum hat man im 2013 diese Ausgaben getätigt, so lange es noch möglich war.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche

Roland Naef, parteilos: Es geht halt ein bisschen länger heute. Brandschutzmassnahmen im Schulhaus Neu-Allschwil. Ich bin erschrocken, dass man diese erst so spät wieder bringt. Brandschutzmassnahmen in einem Schulhaus sollte man künftig in einmal machen und nicht in Etappen. Ich sage nicht, dass der Betrag nicht stimmt. Wenn mein Kind dort in die Schule gehen würde, du musst mir jetzt keine Antwort geben, dann würde ich jetzt ein bisschen erschrecken.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das hat damit zu tun, dass wir das in mehrere Etappen gesplittet haben. Wir sind da auch im Gespräch mit einer professionellen Firma, welche uns hier beraten hat. Es gab im 2012 eine vertiefte Analyse, danach wurden die Massnahmen geplant und auf mehrere Jahre verteilt. Hier haben wir die letzte Tranche, das ist nach wie vor ein sicheres Schulhaus. Es ging um Nachrüstungen mit neuen Brandabschnittsbildungen.

4 Gesundheit

Roland Naef, parteilos: Hier haben wir die Projektierung Wegmatten. Die Wegmatten kommen weiter hinten nochmals. Hier stellt sich die Frage, ob wir das nicht hinausschieben können. Wenn wir CHF 100'000 im Budget haben, um sich zu überlegen, wie es bei den Wegmatten weitergeht, und weiter hinten kommt noch das Wohnen im Alter, wo wir jetzt wissen, dass es eine Überbauung bei den Tennisplätzen gibt, dann könnte man das hinausschieben. Das Zweite ist der Engehollenweg. Wir haben darüber schon diskutiert. Ich stelle den Antrag, dass wir hier diese Investition streichen, diese CHF 35'000. Kontonummer 5030.09, Projektierung Wegmattenpark, CHF 100'000.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir planen auf den Wegmatten Einnahmen zu generieren. Beim Wegmattenpark ist im Moment ein Wettbewerb am laufen, da sind Architektenteams daran, sich zu überlegen, wie dieser Park aussehen könnte und wie man das Ganze einbinden könnte. Dem ging eine Volksabstimmung voran und verschiedene Workshops, wo sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlreich eingefunden und Ideen eingebracht haben, welche man dort umsetzen sollte. Der Wettbewerb ist bereits am laufen, dieser Prozess wurde in Gang gesetzt im Glauben daran, dass wir dort auch irgendwann Geld herausholen mit einem Baurechtszins. Die Spielregeln sind so, dass Budgetpostulate formuliert werden müssen, diese sollten bis zur Novembersitzung abgegeben werden. Kein Mensch kann sich jetzt ein Urteil bilden, was mit einem solchen Antrag gemacht werden kann. Ich bitte darum, die Spielregeln zu beachten und allen Beteiligten eine Chance zu geben für eine Stellungnahme. Einen so kurzfristigen Schnellschuss finde ich nicht gut.

Roland Naef, parteilos: Wenn man die Spielregeln beachtet, dann kann man nicht Ausgaben generieren, bevor man das Budget bewilligt hat. Wenn der Wettbewerb bereits am laufen ist – es sind übrigens nicht die Architekten, sondern die Landschaftsplaner eingeladen -, dann wurden ja bereits Gelder gesprochen, und jetzt haben wir es erst im Budget drin. Mit der Ausschreibung des Wettbewerbs ist man eine Verpflichtung eingegangen, dass man die Sieger bezahlt, wenn wir schon vom Sparen reden. Es war bei der Volksabstimmung und beim Wettbewerb nie davon die Rede, dass wir bereits 2014 Vollgas geben auf der Wegmatten.

Andreas Bammatter, Präsident: Es nehmen alle zur Kenntnis, dass kein Budgetpostulat eingereicht wurde. Wir nehmen das so zur Kenntnis und gehen weiter.

Pascale Uccella-Klauser, 2. Vizepräsidentin:

6 Verkehr

7 Umweltschutz und Raumordnung

Andreas Bammatter, Präsident: Bevor wir zu den Anträgen kommen, haben wir noch ein Budgetpostulat, nämlich 4149 B6 der SP-Fraktion: Erhöhung Steuerfuss auf 59,5% für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir haben das Budget 2014 nicht nur in der Fireko, sondern auch in unserer Fraktion intensiv diskutiert. In unserer Fraktion sehen wir gezielte Investitionen in Bildung und Tagesstrukturen, welche vom Volk bestätigt wurden. Das sind Investitionen für die Zukunft. Nachhaltig ist das Zauberwort. Wir sehen aber auch, dass dies in einer Gemeinde mit mehr als 20'000 Einwohner etwas kostet. Für den Gegenwert, den der Steuerzahler erhält, müssen wir heute einen angemessenen Preis festlegen. Die Steuern sind die Haupteinnahmequelle und das wichtigste Instrument für die Finanzierung von öffentlichen Angelegenheiten für die gesamte Bevölkerung. Eine leichte Erhöhung des Steuerfusses für die Einkommens- und Vermögenssteuer von natürlichen Personen ist aus unserer Sicht prinzipiell angemessen. Ein Beispiel dazu. Eine Erhöhung der Gemeindesteuern von 1,5% in einer Familie, verheiratet und 2 Kinder, mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 75'000, ergibt eine Erhöhung pro Monat von CHF 5.35. Das ist zumutbar. Diverse Studien zeigen, dass die Steuerbelastung eine untergeordnete Rolle bei der Entscheidungsfindung hat, ob man einer Gemeinde zu- oder wegzieht. Die Zahl der Steuerzahlenden zu erhöhen, reicht alleine nicht mehr. Der Steuerertrag muss steigen, damit Allschwil weiterhin für alle Einwohnerinnen und Einwohner wertvolle Dienstleistungen erbringen kann und somit auch zukünftig attraktiv bleibt. Obwohl mir vorhin gesagt wurde, dass ich einen guten Lohn habe, das stimmt nicht ganz, bin ich trotzdem dafür, dass ich mehr Steuern bezahlen darf. Ich bitte euch, dem wirklich zuzustimmen. Das ist die einfachste Möglichkeit, aus diesem Budget ein besseres Budget zu machen. Den Anträge des Gemeinderates, was das Budget anbelangt, können wir nicht in allen Punkten zustimmen.

René Imhof, SVP-Fraktion: Jedes Mal, wenn das Budget überschritten wird, kommt von eurer Seite eine Steuererhöhung. Das ist eigentlich falsch, weil dann die Budgetüberschreitungen weitergehen und wir bezahlen immer mehr Steuern. Am Schluss haben wir keine juristischen und natürlichen Personen mehr, welche gewillt sind, diese hohe Steuerbelastung zu bezahlen und gehen wohin, wo es günstiger ist. Luzern hat sich in einer ähnlichen Situation antizyklisch verhalten. Sie haben die Steuern gesenkt und die Gewinnsteuern von juristischen Personen bis zu 50% gesenkt. Was ist passiert? Es kamen mehr Firmen nach Luzern, auch natürliche Personen. Sie stehen heute wesentlich besser da als damals, wo man sicher auch einmal seitens der SP gesagt hat, dass man Steuern erhöhen muss. Wir können das auf keinen Fall akzeptieren.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Das Defizit im vorliegenden Budget kommt nicht überraschend. Der Einwohnerrat wusste schon länger, dass sich die finanzielle Lage von Allschwil verschlechtern wird. Für die Finanzierung des neuen Schulhauses haben wir hier drin beschlossen, dass je ein Drittel aus den Rückstellungen, aus Verkauf von Grundstücken und Neuverschuldung bestehen soll. Der Bevölkerung haben wir versprochen, dass dafür keine Steuererhöhung nötig ist. Zu diesem Versprechen steht die FDP

auch heute noch. Im Budgetpostulat wird der Allschwiler Steuerfuss mit dem durchschnittlichen Steuerfuss des gesamten Kanton verglichen. Das ist ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen, das geht nicht. Im Oberbaselbiet haben wir einen richtigen Landkanton und im Speckgürtel um Basel herum sind wir ein städtischer Kanton. Darum ist der Steuerfuss mit dem durchschnittlichen Steuerfuss des Bezirks Arlesheim von 52,5% zu vergleichen. Dieser Durchschnitt liegt 5,5% tiefer als in Allschwil. Reinach als zweitgrösste Gemeinde, welche auch einen Tramanschluss und relativ vergleichbar mit Allschwil ist, hat einen Steuerfuss von 52,5%. Bei einer Steuererhöhung verliert Allschwil an Attraktivität und lässt den Mittelstand einmal mehr bluten. Dieser profitiert nicht von Subventionen, bezahlt aber seine Rechnungen nicht aus der Portokasse. Gute Steuerzahler werden nicht in die Gemeinde kommen, sondern diese verlassen und die Prokopf-Steuererinnahmen werden sinken. Zudem ist zu bedenken, dass mit einem höheren Steuersatz auch die Kosten für den Finanzausgleich steigen werden. Die Gemeinde hat über Jahre hinweg Gewinne geschrieben, und der Einwohnerrat hat Steuersenkungen abgelehnt. In diesen Jahren sind die Begehrlichkeiten immer weiter gestiegen, und ohne dass wir es realisiert haben, haben wir sie erfüllt. Jetzt ist es an der Zeit, diese Begehrlichen wieder einzusparen. Der Staat gibt immer so viel Geld aus, wie er Einnahmen generieren kann. Der Staat ist an den kurzen Zügel zu halten. Die FDP setzt sich für den Mittelstand ein und sagt ganz klar nein zu einer Steuererhöhung.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich sehe, dass uns das Thema bewegt. Ich habe vergessen, die Fireko etwas sagen zu lassen. Wir machen das jetzt. Wenn der Gemeinderat auch noch etwas sagen möchte, dann kann er das auch noch tun, ansonsten lassen wir die Diskussion laufen.

Stephan Wolf, Fireko-Vizepräsident: Dieses Budgetpostulat wurde in der Fireko vorbesprochen. Wir sehen das Problem, dass sich die Finanzlage verdüstert hat und dass wir darum Steuererhöhungen nicht für alle Zeiten ausschliessen können. Steuererhöhungen sind, gerade weil sie unpopulär sind und weil die Gemeinde Allschwil im Vergleich mit dem Bezirk Arlesheim am oberen Level bezüglich der Steuerbelastung steht, das letzte Mittel. Das hat die Fireko dazu bewegt, dass wir grossmehrheitlich gegen eine Steuererhöhung sind und das Budgetpostulat zur Ablehnung empfehlen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Frau Gürtler hat eigentlich unser Votum vorweg genommen, es ist alles gesagt.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die logische Konsequenz heute Abend von diesen Voten, welche aus allen Parteien gekommen sind, ist, dass wir Herrn Morat zustimmen müssten. Seit halb sieben höre ich nur von dunklen Wolken, schlechten Finanzen, ein Teil wollte sogar das Budget zurückweisen. Das ist aber nicht der Lösungsansatz. Der Einwohnerrat und das Volk haben beschlossen, dass wir dieses neue Schulhaus aufgrund von Vorschriften und Gesetzen verwirklichen. Da haben wir jetzt einen Ausgabebrocken, welchen wir einfach mit der normalen laufenden Rechnung nicht mehr abdecken können. Das geht nicht. Ich habe mir sehr grosse Gedanken gemacht, wie wir dies machen können. Wir können beim Aufwand sparen, aber was wir sparen müssen, kriegen wir dort nicht hin, davon bin ich 100% überzeugt. Darum bin ich auch froh, dass wir auf das Budget eingetreten sind und es nicht zurückgewiesen haben. Wir kommen nicht um Steuererhöhungen herum, weil wir einfach dermassen grosse Investitionen haben. Wir haben sie beschlossen, jetzt müssen wir schauen, wie wir dort rauskommen. Bei einer allgemeinen Steuererhöhung fliesst CHF 1'500'000 in die Kasse, und dann haben wir es in der Kasse. Wir geben es aus, wir geben es vielleicht auch in fünf oder zehn Jahren aus, wir haben einfach eine Steuererhöhung gemacht. Meine Idee ist, dass wir den Steuerfuss so belassen, wie er ist, aber wir machen für die grossen Investitionen eine zweckgebundene beschränkte Steuererhöhung, solange wir diese grossen Ausgaben und Schulden haben. Nachher kommen wir wieder zum Alltag zurück. Die budgetierten CHF 2'000'000 Mehraufwand machen mir auch weh, aber wir vertragen sie. Wir haben im Moment noch Vermögen, das ist absolut kein Problem. Aber in Zukunft ist das Schulhaus der Grund. Jetzt sollten wir den Mut haben und sagen, dass wir dieses Schulhaus wollten und nun einen zweckbestimmten befristeten Steuerzuschlag machen ab 2015. Dann können wir dem Budget zustimmen. Unsere Finanzen laufen nachher wieder in geordneten Bahnen. Man wird jetzt fragen, ob man das machen kann und darf, eine zweckgebundene Steuererhöhung. Ich war jahrelang Kirchgemeindegassier von der römisch-katholischen Kirchgemeinde Allschwil. Irgendwann mussten wir viel in Liegenschaften investieren. Dort haben wir die Finanzierung, die Schulden, die Mehrausgaben, die wir hatten, mit einer zweckbestimmten Steuererhöhung weggeschafft. Die Kirchgemeinde Allschwil steht heute finanziell gut da. Ich bitte Sie, dies in ihren Überlegungen mit einzubeziehen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich möchte Kollege Imhof noch entgegenen, dass Luzern so gut dasteht, dass sie als Sparmassnahme eine Woche mehr Ferien in den Schulen anordnen mussten, das konnten wir in der Zeitung vor ein paar Wochen lesen. Man muss sich generell davon lösen, dass man ein Gemeinwesen, ein Kanton oder ein Land führen kann wie einen Betrieb. Ein Gemeinwesen hat eine Aufgabe, viele Sachen auszugleichen, welche nicht durch private Initiativen ausgeglichen werden. Zum Steuerwettbewerb: Wenn wir eine Steuererhöhung beschliessen würden, dann kann es sein, dass wir sehr gute exzellente Steuerzahler vertreiben. Ich denke an Roger Federer, welcher aus der Agglomeration weggezogen ist. Ich weiss nicht, wie viele Steuerzahler wir in dieser Kragenweite haben. Ich bin überzeugt, dass niemand aus der Gemeinde wegzieht, in der Grössenordnung, wie wir es vorhin gehört haben.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Wir als EVP/Grüne-Fraktion stimmen dem Antrag zu, dass die Steuern erhöht werden. Wer A sagt muss auch B sagen. Es ist ehrlicher, die Steuern zu erhöhen als Schulden zu machen. Das kommt langfristig billiger.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Kathrin Gürtler, das Budget ist nicht überraschend. Wir wussten, was auf uns zukommt. Wir reden alle vom Sparen. Wir planen Häuser, wir planen Infrastruktur für unsere neuen Leute, wir planen ein attraktives Allschwil. Die Kostenfolgen sind mehr Klassen und mehr Internet in der Schule. Ich kann nicht die Gemeinden des Oberbaselbiets mit Allschwil vergleichen, dann müsste man auch Bodenpreise vergleichen. Es geht auf, ansonsten wären alle bei uns oder wir alle dort oben. Begehrlichkeiten und den Gemeinderat an die kurze Leine nehmen. Ich bin froh, bin ich kein Gemeinderat. Bei der kurzen Leine, welche Sie zum Teil haben, würde ich zubeissen. Die Leine legen nicht wir, sondern der Kanton. Wir wissen, wie unsere Budgets kalkuliert werden müssen. Wir werden alle älter, ich bin auf dem Weg dazu. Wir alle haben Kinder oder Grosskinder, welche eine Ausbildung machen, wir brauchen Infrastrukturen, die funktionieren. Allschwil hat einen Vorteil gegenüber anderen Gemeinden in unserem Bezirk. Wir sind sehr populär zum Zuziehen. Ich darf das sagen, ich habe es seit vielen Jahren mit Zuzüglern zu tun, alleine schon durch meinen Beruf. Immer wieder kommen Leute zu uns ins Schulhaus. Die Fragen, die zu mir kommen, sind nicht bezüglich der Steuern. Sie sehen auf der Folie, wie viel es ausmacht. Ich habe vor rund zehn Jahren mit meiner Mutter gestritten wegen den Steuern. Ich habe es ihr vorgerechnet. Es hätte bei ihr CHF 20 pro Jahr ausgemacht bei CHF 600 Pension. Das sind nicht einmal fünf Kaffee. Die Leute fragen sich, wenn sie zu uns kommen, was macht eine Gemeinde oder einen Ort attraktiv. Zuerst stehen Bildungsfragen, Schule und Schulweg. Zweitens die Erreichbarkeit und ÖV, das kann man nachlesen. Die Frage des Ausgleiches, Erholungszone, Vereine und Kultur, sind sehr wichtig. Musikschulen und Sport für Kinder, das interessiert die Leute, und Einkaufsmöglichkeiten. In all diesen Jahren hat mich noch nie jemand nach den Steuern gefragt. Ich habe mit so vielen Leuten zu tun, niemand ist bis jetzt weggegangen wegen den Steuern. Schauen Sie auf diese Tabelle dort vorne. Ich weiss nicht, wie viel ihr verdient. Ich habe nur von zwei Glücklichen gehört, die soviel haben, dass sie Steuern bezahlen dürfen. Ich nehme an, dass es bei euch circa CHF 40 ausmacht, das sind unter uns gesagt sechs Bier oder Saurer Most. Wir bauen einen Schuldenberg, wenn wir es nicht tun. Nach mir die Sintflut. Die nächste Generation wird sich damit herumschlagen müssen. Wenn in einigen Jahren andere Leute hier drin sitzen, dann wäre es schön, sie hätten nicht die Folgen, Zins und Zinseszinsen sind teuer, zu tragen. Wir haben zum Schulhaus ja gesagt und wir haben zum Keller ja gesagt, und zu anderen. Wir sollten jetzt eine kleine Steuererhöhung machen und den Berg nicht anwachsen lassen. Wir machen unserer Folgegeneration und uns auch eine grosse Freude. Kaum jemand von uns ist weiter oben, als hier angegeben, ansonsten ergänze ich das gerne.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Einige Vorredner scheinen doch gerne den Weg des geringsten Widerstandes einzugehen, nämlich Steuererhöhungen. Wir von der GLP/BDP-Fraktion finden dies den falschen Weg. Wir laufen auf ein zunehmendes strukturelles Defizit zu von CHF 8'000'000. Wenn man dies nur alleine mittels Steuererhöhungen lösen würde, dann müssten wir unseren Steuersatz auf 68% erhöhen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies dann nicht plötzlich entscheidend würde, wenn man plötzlich 68% bezahlen müsste. Dann werden sich einige Leute überlegen, ob sie nicht doch wegziehen oder zumindest nicht zuziehen. Wir werden nicht ums Sparen herumkommen. Mit Steuererhöhungen wird das Problem nicht zu lösen sein, das ist der falsche Weg. Wir müssen sparen, darum lehnen wir die Steuererhöhung ab.

Roland Naef, parteilos: Die Steuererhöhung kommt vielleicht ein Jahr zu früh. Wenn wir heute Abend die Diskussion anschauen, dann müssen wir zuerst schauen, dass wir sparen. Wir sollten dort ansetzen, auch wenn es kein Budgetpostulat war, wo es Sinn macht, wo man Sachen hinausschieben kann und wo man effektiv Kosten einsparen kann. Wir müssen schauen, dass wir nächstes Jahr ein vernünftiges Budget

haben und dann eventuell mit den Steuern hochgehen, wegen den Investitionen. Wenn wir jetzt einfach hochgehen, dann haben wir einen Teil der Diskussion von heute Abend nicht ganz wahrgenommen. Wir müssen zuerst beweisen, dass wir sparen können, nicht nur der Gemeinderat, sondern wir alle. Und dann kann man nächstes Jahr vielleicht den Steuersatz erhöhen.

Andreas Bammatter, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, wir kommen zu den Anträgen. Zuerst stimmen wir über Antrag 2 ab, nämlich den Steuerfuss, den wir jetzt debattiert haben. Der Antrag der SP liegt vor, dass wir den Steuersatz um 1,5% auf 59,5 % der Staatssteuer festlegen möchten. Wir brauchen ein Zweidrittelmehr oder mindestens 21 Stimmen.

://:

Mit 12 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen wird diesem Budgetpostulat nicht zugestimmt.

Wir fahren mit den Anträgen weiter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich teile Ihnen mit, dass wir dem Budget 2014 nicht zustimmen können aufgrund dessen, was vorliegt mit allen Defiziten und Belastungen. Wir werden uns enthalten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird diesem Budget so nicht zustimmen. Ich habe vorhin den Antrag gemacht, dass wir beim Punkt 1 eine namentliche Abstimmung machen.

Andreas Bammatter, Präsident: Das stimmt, die fünf Unterschriften sind hier. Wir machen eine namentliche Abstimmung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Das Büro Einwohnerrat, das ist der Präsident, der Vizepräsident und ich, war gestern Abend in Binningen. Wir haben der Einwohnerratssitzung beigewohnt, weil wir schauen wollten, wie die dort arbeiten, damit wir vielleicht auch ein bisschen effizienter vorwärts kommen. Gestern Abend haben sie auch übers Budget debattiert. Gestern Abend hat der Einwohnerrat von Binningen das Budget zurückgewiesen. Sind Sie sich dessen Tragweite bitte bewusst. Wenn Sie heute Abend diesem Budget nicht zustimmen, dann dürfen nur noch die gesetzlichen Ausgaben ausgegeben werden. Das Beispiel, das dort fiel, das wusste ich nicht, aber habe mich gerne belehren lassen, es werden, so lange das Budget nicht genehmigt ist, keine Beiträge an Vereine ausbezahlt. Es werden nur gesetzliche Beiträge ausbezahlt. Wir müssen dann sofort jemanden suchen, dies nur als Beispiel, für den Neujahrsapéro. Ich möchte diesen Apéro nicht gewichten, aber man muss sich der Tragweite bewusst sein. Ich wusste heute Abend wirklich nicht, wo ich mein Votum platzieren soll. Am Schluss habe ich es beim Traktandum Budgetpostulat gemacht. Ich glaube, es kam nicht ganz richtig rüber. Wir müssen die Steuern erhöhen wegen den Bauten. Wenn wir heute Abend den Steuerfuss erhöht hätten, dann wäre es in die laufende Rechnung geflossen. Überlegen Sie sich bitte nochmals, ob wir dies im 2015 besser machen können. Und stimmen Sie bitte diesem Budget zu. Es ist eine Katastrophe, wenn Sie nein sagen.

Nicole Nüssli, Vizepräsidentin: Ich denke, es ist wirklich ganz ernst. Sie dürfen jetzt abstimmen über das Budget. Sie haben zwei Möglichkeiten. Entweder Sie genehmigen es oder Sie genehmigen es nicht. Die Konsequenzen vom Nichtgenehmigen müssen Sie sich bewusst sein. Der Gemeinderat kann nachher nur noch die gesetzlichen Ausgaben tätigen. Das heisst, nicht nur der Neujahrsapéro wird gestrichen bis das neue Budget vorliegt, sondern auch der Imbiss beim Einwohnerrat. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich allen Konsequenzen bewusst sind. Wir können das nicht machen wie Binningen, das darf es doch nicht geben. Ich habe jetzt hier drin lang zugeschaut und zugehört. Sie haben nur sechs Budgetpostulate eingereicht, obwohl alle unzufrieden sind mit dem Budget. Mich wundert es schon, weshalb nicht viel mehr Budgetpostulate eingereicht wurden. Ich weiss nicht, weshalb nicht mehr gekommen sind, ich habe meine Vermutung, aber die gebe ich hier lieber nicht zum Besten. Von den sechs Budgetpostulaten haben Sie drei Budgetpostulate zurückgezogen. Über lächerliche drei Budgetpostulate haben wir hier drin diskutiert. Jetzt am Schluss haben Sie noch die Idee, das Budget nicht zu genehmigen. Ich weiss nicht, was ich dazu sagen soll, ich bin fast sprachlos, und das bin ich selten. Der Gemeinderat wird eine Ausgabenüberprüfung vornehmen, er wird seine Hausaufgaben und seine Verantwortung wahrnehmen. Ich bitte Sie ein letztes Mal, nehmen auch Sie Ihre Verantwortung wahr.

Andreas Bammatter, Präsident: Ich habe eine grosse Rednerliste, aber auch drei Zeichen für ein Time-out. Es ist jetzt 21.20 Uhr, wir werden das Geschäft beenden, darüber sind wir uns einig. Wir machen jetzt nochmals ein Time-out, das ist eine wichtige Phase. Gibt es einen Gegenantrag gegen ein Time-out? Gut, dann machen wir das jetzt während vier Minuten.

Time-out

Andreas Bammatter, Präsident: Wir machen das gleiche nochmals wie vorhin. Wir haben jetzt beraten und geben dies öffentlich bekannt. Ich bitte ein Fraktionssprecher pro Fraktion sich zu melden und eine Mitteilung zu machen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir haben das Time-out genutzt. Die CVP-Fraktion möchte nochmals eindrücklich darauf aufmerksam machen, was Kurt Kneier vorhin gesagt hat. Paragraph 28 der kantonalen Gemeindefinanzverordnung legt klar fest, wenn es der Einwohnerrat unterlässt bis 31. Dezember des laufenden Jahres ein Budget für das Folgejahr zu verabschieden, dann kann die Gemeindeverwaltung nur noch die unerlässlichen Ausgaben tätigen. Das heisst, wir sind ganz nahe daran, dass wir das gleiche Problem haben wie die ganze USA, dass nämlich die Gemeinde finanziell handlungsunfähig wird und nur noch die unerlässlichen Ausgaben tätigen kann. Wir von der CVP-Fraktion haben auch bemerkt, dass sehr viel Unmut bei diesem Budget besteht. Wir sind davon überzeugt, dass es für den Gemeinderat ein genügender Denkkzettel ist. Was heute gesagt wurde, wird protokollarisch festgehalten. Wir bitten eindrücklich darum, dem Budget heute zuzustimmen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte noch kurz an Ihre Vernunft appellieren. Wenn wir dieses Budget nicht genehmigen, dann haben wir kein Budget mehr. Wenn Sie es zurückweisen, dann hätten wir es wieder gebracht. Wenn es abgelehnt wird, was sollen wir dann wieder bringen? Die sozialen Verpflichtungen kann ich bezahlen. Ich bin in einer besseren Situation als die anderen Gemeinderäte. Es gibt aber auch Situationen, welche nicht verpflichtend sind. Zum Beispiel alle Subventionen für Tageseltern, Tagesheime. Diesen Müttern gebe ich eine Adressliste von allen Einwohnerräten, die sollen dann alle dort anklopfen. Wir können dann dies alles nicht bezahlen.

Andreas Bammatter, Präsident: Es stimmt alles, was Herr Julier gesagt hat. Bis auf das, was der Einwohnerrat beschlossen hat. Dies ist beschlossen, bis es wieder rückgängig gemacht wird. Dies war gestern Abend in Binningen ein Thema. Alles, was der Einwohnerrat nicht beschlossen hat, was freifliegend ist, wie ein Apéro, das wird gestrichen. Aber überall, wo es ein Reglement gibt, zum Beispiel bei der Tagesschule, ist dies gesetzlich verankert, bis der Einwohnerrat das Gegenteil beschliesst.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir sind weiterhin für Ablehnung. Lassen wir uns da keine grosse Angst machen. Es gibt diese Situation immer wieder in der Schweiz, in Gemeinden oder Kantonen, und noch nie gab es einen Shutdown wie in den USA.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion ist sich nicht einig. Auf unserer konsequenten Linie steht ein nein. Wir sind uns aber bewusst, dass das nein eine Katastrophe ist für die Gemeinde. Ich mache jetzt kein Drama, das ist eine Katastrophe. Das Nichteintreten wäre super gewesen, dann hätte der Gemeinderat über die Bücher gekonnt, ohne das Gesicht zu verlieren und ohne dieses Szenario. Ich werde mich der Stimme enthalten. Was die anderen machen in unserer Fraktion, ist ihnen überlassen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zuerst zu Ihnen, Frau Nüssli. Was Sie vorhin geäussert haben, finde ich nicht würdig, diese Androhungen, Panikmacherei und Opposition. Sie sind als Informations- und Auskunftsperson hier und nicht, um Partei zu ergreifen. Dies möchte ich klarstellen, ich möchte nicht, dass dies wieder gemacht wird. Wir waren für Nichteintreten. Da wolltet ihr das alle nicht. Jetzt wird gesagt, dass

wir doch gescheiter nicht eingetreten wären, da nickt ihr. Wisst ihr eigentlich, was ihr wollt? Zuerst dies nicht wollen und dann das nicht wollen. Ich bin das fünfte oder sechste Jahr hier drin. In diesen Jahren hiess es immer, dass wir besser werden. Besser bezüglich des Budgets ist bis heute nichts geworden, nur schlechter. Das minus wird roter und roter und noch roter. Jetzt braucht es einen Denkkzettel, damit man hier vorne wach wird und in gewissen Sachen über die Bücher geht. Man muss zweimal rechnen, ob man dies so oder nicht doch anders machen kann. Auch gegenüber den Gemeindeangestellten muss ich sagen, dass es keine Löhne gibt, welche nicht bezahlt werden. Es werden auch nicht keine Sozialleistungen ausbezahlt. Es werden auch keine Subventionen nicht bezahlt. Alles, was nicht läuft, sind die nicht beschlossenen Sachen, welche im Raum stehen. Wegen einem Neujahrsapéro oder nicht, das spielt keine Rolle. Dann muss man halt mal geradestehen und sagen, dass wir einen Seich gemacht haben und nochmals über die Bücher müssen anstatt einen Apéro zu machen. Man hat von Anfang an gemeint, dass man auf die Sache nicht eingehen muss. Rückweisung wolltet ihr nicht, aber irgendwo müsst ihr die Arbeit machen. Es ist jetzt wirklich rot, das können und wollen wir nicht akzeptieren. Macht eure Arbeit, damit es wieder schwarz wird, und dann diskutieren wir wieder über andere Sachen. Die SVP-Fraktion wird dem nicht zustimmen.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion bleibt sich treu. Wir möchten das Budget weiterhin genehmigen. Es geht darum, dass wir für die Verantwortung einstehen. Wir haben alle diese Ausgaben mit Mehrheiten entschieden, manchmal mit grösseren Mehrheiten und manchmal knapper. Wir haben das entschieden und dafür übernehmen wir Verantwortung. Wir müssen jetzt in die Zukunft schauen, damit es nicht weiter ins Minus fällt. Der Gemeinderat kann arbeiten, wie er möchte, es wird wahrscheinlich ein Minus bleiben, danach wird es besser. Dass wir den Schuldenberg nicht in drei Jahren abbauen können, wissen wir schon seit zwei bis drei Jahren.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wir haben jetzt entschieden für ganz viele Gegenwerte, die wir haben für Allschwil, für uns und unsere Zukunft. Wir haben zwischen Keller und Estrich hier drin alles bewilligt. In der Pause waren zwei Drittel der Anwesenden für eine Steuererhöhung. Es hiess: Aber nicht jetzt, besser nächstes Jahr. Seit Jahren heisst es nächstes Jahr. Wir müssen nicht nur von Sparen reden, wir müssen auch ganz klar davon reden, dass ein grösserer Aufwand auch finanziert werden muss. Ich kann Sie beruhigen, wir wollten diese Pause. Wir sind uns nicht ganz einig und wir werden individuell abstimmen.

Andreas Bammatter, Präsident: Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat wie folgt zu beschliessen:

1. Das Budget 2014 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

Namentliche Abstimmung:

Folgende Einwohnerräte stimmen Ja: Adam Rolf, Balsiger Sonjic Rahel, Gruber Markus, Gürtler Kathrin, Hofmann Philippe, Kneier Kurt, Morat Niklaus, Roth Evelyne, Ruckstuhl Christoph, Stierli Beatrice, Vogt Jürg, Vogt Susan, Werren Kienzler Daniela, Wolf Stephan

Folgende Einwohnerräte stimmen Nein: Gadola Bruno, Imhof René, Kneubühler Patrick, Meisel Maya, Misslin Jacqueline, Mollat Jérôme, Mussler Lukas, Naef Roland, Spiegel Florian, Tomek Stefan, Uccella-Klauser Pascale, Ulusoy Nedim, Zimmermann Simon

Enthaltungen: Bammatter Andreas, Bourgnon Jean-Claude, Breitenstein Ruedy, Duperrex Claude, Keller Ueli, Selinger Barbara, Wagner-Sakar Semra, Winter Jean-Jacques

Abwesend und entschuldigt: Adam Philippe, Bieri Armin, Brack Peter, Hecklin Beatrice, Maurer Simon

://:

Dem Budget wird mit 14 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

2. Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen wird unverändert auf 58% der Staatssteuer festgelegt.

Wir haben plötzlich 36 Stimmen bei 35 Anwesenden. Wir möchten es nicht künstlich verlängern. Stimmen wir nochmals ab, oder akzeptieren Sie es? Der Antrag 2 ist erledigt, der Steuerfuss wird nicht erhöht. Es ist das gleiche Resultat. Wir lassen jetzt mal die Fünf gerade.

://:

Dieser Antrag wird mit 15 Ja- zu 11 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

3. Die Steuersätze für die juristischen Personen werden wie folgt festgelegt:

- a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften
 - Ertrag 5.00%
 - Kapital 2.75 ‰
- b) Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen
 - Ertrag 58.00 % der Staatssteuer
 - Kapital 2,75 ‰
- c) Holdinggesellschaften
 - Liegenschaftsnettoertrag von ausländischen Quellen 58.00% der Staatssteuer
 - besteuertes Einkommen 5.00%
 - Kapital 0.10 ‰ mind. CHF 100.00
- d) Domizilgesellschaften 0.50 ‰ mind. CHF 100.00

://:

Dieser Antrag wird mit 20 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

4. Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für natürliche Personen unverändert 6.0% der Gemeindesteuer.

://:

Dieser Antrag wird mit 25 Ja- zu 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird mit 26 Ja- zu 5 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen abgeschlossen.

Ich bedanke mich für die Geduld und die Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, alle persönlichen Sachen mitzunehmen. Es ist nicht garantiert, dass niemand hier rein kommt bis am Donnerstagabend. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE